

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Post- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsinschriften werden nicht aufgenommen.

Glück  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: H. Seipeters; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 38-42. Telefon-Nr.: 98 und 99. Telegramm-Adresse: Altkohl Bochum

Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne.

„Ein herrlicher Christenrieg“.

Durch die jetzt vorliegende amtliche Lohnstatistik für das 2. Vierteljahr 1912 wird das „Christen“-Märchen von den in Aussicht gestellten Lohnerhöhungen gründlich zerstört und die Schwindler erneut als Lügner an den Pranger gestellt. Danach haben die Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft endlich die Höhe, die sie im 4. Vierteljahr 1907 schon erreicht hatten, um einen Pfennig überschritten, während die Löhne der Hauer und Lehrhauer immer noch um 17 Pf. pro Schicht niedriger stehen. Es betrug der Durchschnittslohn:

	Gesamtbelegschaft	Hauer und Lehrhauer
4. Vierteljahr 1907	4,99 Mk.	6,14 Mk.
2. Vierteljahr 1912	5,00 „	5,97 „

Von 855 802 Arbeitern bezogen 179 802 = 20,9 Prozent der Gesamtbelegschaft Hauerlöhne. Hierbei handelt es sich zum größten Teil um Familienbäuer, deren Durchschnittslohn also immer noch 17 Pf. pro Schicht niedriger steht wie 1907.

Inzwischen hat sich aber die Gesamtbelegschaft um mindestens 15 Prozent verteuert. Sollte die Lohnsteigerung mit der Verteuerung der Lebenshaltung seit 1907 auch nur gleichen Schritt gehalten, dann müßte betragen der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft mindestens 5,75 Mk., der Hauer und Lehrhauer 7,10 Mk. pro Schicht. Die Bergarbeiterlöhne stehen danach noch um 75 Pf. bzw. 1 Mk. hinter der Verteuerung der Lebenshaltung gegen 1907 zurück.

Aber selbst wenn die Löhne auf diese Höhe gebracht würden, hätten die Bergarbeiter immer noch keinen Ersatz für die Lohnverluste, die ihnen durch die Lohnrückgänge entstanden sind; diese betragen seit 1907 über 150 Millionen Mark! Hierbei sind die Lohnverluste, welche durch die vielen Feierschichten entstanden sind, gar nicht einmal mitgerechnet.

Die Unternehmer, deren Gewalt- und Machtmittel durch den Streikstreikbruch gewaltig gestärkt wurde, denken aber nicht daran, die Löhne in zeitgemäßer Weise zu erhöhen, obwohl die Geschäftslage eine glänzende ist und von ihnen gründlich ausgenutzt wird. So erglücken Ueberschüsse:

	1. Vierteljahr 1911	2. Vierteljahr 1911	1. Vierteljahr 1912	2. Vierteljahr 1912
Adler	183 458	180 002	146 090	214 974
Alte Haase	22 090	20 978	20 267	45 080
Applerbecker W.-B.	108 984	104 512	100 187	155 090
Blauenburg	14 194	8 088	14 800	10 988
Bochumer B.-M.-G.	154 158	207 257	154 518	300 245
Caroline	48 823	33 538	42 926	46 675
Deutschland	218 052	184 181	150 281	225 469
Dortmund	380 179	38 473	319 887	388 448
Eintracht	106 987	88 610	49 939	144 493
Eintracht	982 016	1 210 921	771 452	1 601 271
Friedrich der Große	464 083	500 879	378 953	669 601
Gottesacker b. Dortmund	21 161	20 228	20 622	20 284
Graf Bismarck	952 237	691 438	888 776	1 481 808
Graf Schwerin	266 205	272 008	221 459	812 107
Harpen	4 308 000	3 968 000	3 808 000	6 262 500
Heinrich	138 180	192 012	113 833	143 840
Hibernia	2 068 744	2 401 187	2 454 921	3 788 972
Johann Deimelsberg	88 687	81 456	11 975	182 195
Ludwig	608 615	618 138	601 559	851 919
König Wilhelm	753 201	705 000	584 232	784 590
Königin Elisabeth	547 878	694 709	481 448	750 457
Königsborn	909 962	594 822	678 328	1 100 486
Kölningert	518 097	604 421	458 186	774 976
Mont-Cenis	372 988	115 883	246 591	274 544
Mülheimer Bergw.-B.	588 785	599 461	518 750	578 232
Polene und Amalie	888 415	446 788	245 995	553 759
Union b. Dortmund	1 200 882	1 344 621	1 087 411	1 409 017
Schubert u. Charlottenb.	41 724	29 016	30 523	61 454
Zeche	57 548	67 853	44 480	69 503
	17 287 579	18 045 591	14 885 778	23 202 954

Trotz des Bergarbeiterstreiks haben die Ueberschüsse der angeführten 29 Werke im 1. Vierteljahr 1912 fast die gleiche Höhe erreicht, wie in der gleichen Zeit des Vorjahres; dagegen sind die Ueberschüsse dieser Werke gestiegen von 14 385 778 Mk. im 2. Vierteljahr 1911 auf 23 202 954 Mk. im 2. Vierteljahr 1912, d. h. um 8 817 176 Mk. = 61,3 Prozent! Dagegen betrug der Durchschnittslohn:

	Gesamtbelegschaft	Hauer und Lehrhauer
2. Vierteljahr 1911	4,66 Mk.	5,51 Mk.
2. Vierteljahr 1912	5,00 „	5,97 „

Der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft liegt in der angegebenen Zeit nur um 34 Pf. = 7,3 Prozent, der Hauer und Lehrhauer um 46 Pf. = 8,3 Prozent pro Schicht. Die Gewinne der angeführten Werke haben sich danach etwa achtmal stärker gesteigert, wie die Arbeiterlöhne. Gewinnsteigerung 61,3 Prozent, Lohnsteigerung nur 7,3 Prozent! So sieht die von den Streikführern, nicht von den Belegschaften, in Aussicht gestellte Lohnerhöhung aus. Ob die „christlichen“ Streikführer jetzt einsehen, daß sie von ihren „Führern“ betrogen wurden?

Aber selbst diese geringe Lohnsteigerung, die in gar keinem Verhältnis steht zur Steigerung der Gewinne, wurde nur erzielt durch Mehrschuften und Ueberschichten. Gedinge- oder Lohnzulage hat es nur in seltenen Fällen gegeben, viel öfter wurden die Gedinge noch reduziert. Grenzenlose Willkür herrscht auf allen Beiden, schlimmer als vor dem Streik.

Erlaubt, ein „herrlicher Christenrieg“! Durch ihren Streikbruch haben die Streikführer erreicht:

1. daß die Bergarbeiter für die seit 1907 infolge der Lohnreduzierungen erlittenen Lohnverluste von über 150 Millionen Mark keinen Ersatz erhalten;
2. daß die Bergarbeiterlöhne immer noch 75 Pf. bzw. 1 Mk. pro Schicht hinter der Verteuerung der Lebenshaltung gegen 1907 zurückstehen;
3. daß die geringfügige Steigerung der Bergarbeiterlöhne in gar keinem Verhältnis steht zu der riesigen Steigerung der Unternehmergewinne, trotzdem aber keine Aussicht auf eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne besteht.

Hätten die Streikführer in diesem Frühjahr Solidarität statt Streikbruch geübt, war der Erfolg sicher, denn nie zuvor waren die Voraussetzungen zur erfolgreichen Durchführung eines Lohnkampfes günstiger. Statt dessen aber machten sie sich zum Vundesgenossen der Belegschaften, schrien nach Militär und Maschinengewehren, überlieferten Tausende von ihren Klassen-genossen dem Strafgericht und Gefängnis, „siegelten“ sich selbst und ihren Angehörigen damit das Stillschließen des Mundes.

Netzt, wo man diese Tatsachen nicht mehr aus der Welt ilgen kann, wo es für jeden immer klarer wird, daß es niemals eine günstigere Zeit gegeben hat, Lohnerhöhungen erkämpfen zu können, versuchen die verlogenen Galunken, wie Bismarck die Zentralkamerale nannte, ihrem betörten Anhang vorzulegen, die Dreibundführer seien daran schuld, daß die Löhne nicht mehr gestiegen seien, weil sie den Streik verpöblich hätten. Die Dreibundführer haben in dem unwiederbringlich glänzenden Zeitpunkt Lohnforderungen gestellt, haben alles versucht, diese Forderungen ohne Kampf, ohne Streik erfüllt zu bekommen, aber die Grubenbarone lehnten jedes Entgegenkommen mit Rücksicht auf die sichere Hilfe der „christlichen“ Streikbrecher ab, und erst als keine Aussicht mehr bestand, im Frieden das Ziel zu erreichen, wurde der so aussichtsvolle Kampf gewählt, den nicht die Grubenbarone, sondern die Streikbrecher allein bereitet haben. Hätten wir den Kampf nicht gewagt, wir wären nicht wert, als Organisation der Bergarbeiter noch zu existieren, wir hätten kein Recht mehr, uns Vertreter der Arbeiter zu nennen! Nur in einer günstigen Zeit kann und soll ein Kampf gewagt werden, und wenn alle friedlichen Mittel versagen, wenn das Unternehmertum die zum Frieden dargereichte Hand brutal zurückstößt, muß der Kampf aufgenommen werden, will man als Organisation nicht abdanken!

Die Dreibundführer sollen den Streik dadurch „verpöblich“ haben, weil sie zu früh losgeschlagen hätten. Zu früh, wo die Situation noch durch die ausländischen Bergarbeiterkämpfe erheblich günstiger stand, wo der Abruf nach Kohlen genau so stark war wie jetzt. Aber, sind die Dreibundführer solche Dummköpfe und nicht fähig, die Konjunktur und Marktlage richtig zu beurteilen, den günstigsten Zeitpunkt für den Kampf zu wählen, wofür, ihr siebenmal geschwiegenen Generalsekretäre, so müßt doch ihr die viel bessere Zeit aus, stellt jetzt Forderungen, er kämpft jetzt den Bergarbeitern ihr Recht, macht gut, was ihr dieses Frühjahr verdorben habt! Die Zeit ist nun da, ihr sagt es ja selbst, ruht sie, bitte, aus, diese günstige Zeit! Zeigt was ihr könnt, erkämpft den Bergleuten besseren Lohn, bessere Arbeitsbedingungen! Uns sollte es freuen, und wir werden es nicht machen wie ihr, werden euch nicht in den Rücken fallen, werden nicht zu Streikbrechern, werden nicht nach Militär schreien, werden euch nicht an die Klassenjustiz liefern, sondern euch unterstützen, trotz alledem!!! Einen „herrlichen Sieg“ habt ihr flugs, besonnenen, sachlichen, überlegenen, kühnen, richtig urteilenden, stets das Richtige treffenden, in allem unübertrefflichen Generalsekretäre, ihr Muster- und Prachtkerle, über uns, über die gesamte Bergarbeiterschaft für die Grubenbesitzer ersucht — wofür, ihr herrlichen, unfehlbaren, unerreichbaren und unübertrefflichen Christengenerale, er zingt nun auch mal einen Sieg über die Grubenbesitzer für die Bergarbeiter!!!

Volksfürsorge.

Unter diesem Namen tritt im nächsten Jahre eine Volksversicherung ins Leben, deren Träger die deutschen Gewerkschaften und der Zentralverband deutscher Konsumvereine sind. Obwohl auch wir schon einige Notizen über diese Unternehmen veröffentlicht haben, erscheint es doch angebracht, es einmal gründlicher zu behandeln, damit sich unsere Kameraden ein wohl begründetes und zutreffendes Urteil darüber bilden können.

Berichte zur Einführung der Volksversicherung wurden in Deutschland wiederholt unternommen, fanden jedoch bei der Bevölkerung keinen großen Anklang. Ihre mit jedem Jahre steigende Entwicklung, ihr großer Aufschwung datiert aber erst vom Jahre 1882, als die Gesellschaft „Friedrich Wilhelm“ die Arbeiterversicherung unter Verzicht auf jede ärztliche Untersuchung unter Einführung von Wochenprämien in Minimalhöhe von 10 Pf. und Einschluß der Kriegsversicherung ohne Extraprämie einführte. Der „Friedrich Wilhelm“ erreichte 1892 ein Konkurrent in der „Victoria“ zu Berlin, die sie bald überflügelte.

Ueber die Entwicklung der Volksversicherung in Deutschland berichtet die Wiener Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik „Der Nationalökonom“ (Nr. 12, Jahrgang 1912):

	1885:	232 000	Polken über	48 810 748	Mk.
1890:	550 618			128 108 755	
1895:	1 250 011			280 801 942	
1900:	8 605 800			889 780 820	
1905:	5 778 287			1 038 059 520	
1910:	7 870 084			1 688 877 800	
1911:	8 800 000			1 780 000 000	

Diese Tabelle bezieht sich auf 24 größere Gesellschaften und 11 Lebensversicherungsgesellschaften, die Sterbefällen in bescheidenem Maße errichtet haben. Der Aktienanteil der Volksversicherung entfällt auf die zwei schon genannten Gesellschaften: „Victoria“ und „Friedrich Wilhelm“, wie aus folgender Zusammenstellung in der gleichen Nummer des „Nationalökonom“ hervorgeht:

	Ende 1910 versichert		Ende 1911 geschätzt	
	Polken	Kapital (Mk.)	Polken	Kapital (Mk.)
„Victoria“	3 524 180	752 410 647	3 070 000	800 000 000
„Friedrich Wilhelm“	2 001 853	401 518 118	2 800 000	480 000 000
Rothenburg	288 985	112 800 600	300 000	120 000 000
32 Gesellschaften	1 897 767	842 059 907	1 630 000	380 000 000
Summa	7 870 894	1 808 877 860	8 800 000	1 780 000 000

Demnach entfielen Ende 1911 auf die „Victoria“ 44 Prozent der Polken, 46 Prozent der Versicherungssumme, auf die „Friedrich Wilhelm“ 34 Prozent der Polken, 25 Prozent der Versicherungssumme. Fast drei Viertel der gesamten Volksversicherung ruhen also in den Händen dieser beiden Gesellschaften. Und dabei ist schon heute jeder achte Mensch in Deutschland Inhaber einer Lebensversicherung. Es ist in Wirklichkeit ein gewaltiges Geschäftsfeld, diese Lebensversicherung; allerdings ist sie es erst dann geworden, als sie zur Volksversicherung wurde, das heißt, als die Lebensversicherung, die früher ausschließlich eine Sache der wohlhabenden Kreise war, durch Einführung kleinerer Eätze in den armen Volkschichten Wurzel schlagen konnte. Im Jahre 1911 wurden allein bei den 24 größeren Gesellschaften 1 161 143 neue Lebensversicherungen abgeschlossen. Das ist ein Beweis, daß für diese Art der Lebensfürsorge ein starkes Bedürfnis im Volke vorhanden ist, und damit erwächst den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter-schaft die Pflicht, dem Kapitalismus, der hier bis heute unumsritten herrscht und die Massen der kleinen Versicherungsnehmer schädigt, entgegenzutreten und eine reelle Befriedigung dieses Bedürfnisses in die Wege zu leiten.

Die samt und sonders kapitalistisch betriebenen heutigen Volksversicherungen heimsen riesenprofite ein. Die „Victoria“ erzielte allein im letzten Jahre einen Gesamtüberschuss von 36 387 066 Mk., wovon nahezu 16 Millionen Mark auf die Volksversicherung (das ist die „kleine“ Versicherung) entfielen. Die „Friedrich Wilhelm“ mußte sich im letzten Jahre mit 8 496 809 Mk. begnügen. Wo bleiben diese unerhörten Profite? Der Generaldirektor Gerstenberg von der „Victoria“ bezieht ein Jahresgehalt von 60 000 Mk. und daneben 2 Prozent des jährlichen Reingewinns; der Herr „verdiente“ also im letzten Jahre rund 780 000 Mk. Dann kommen sieben Aufsichtsräte, die im letzten Jahre 150 000 Mk. „Entschädigung“ erhielten. An die Aktionäre aber wurden 1 180 000 Mk. Dividende ausgekehrt. Die Aktien der „Victoria“, die im Jahre 1887 auf 3300 Mk. standen, werden heute mit 12 000 Mk. gehandelt. Ein so gutes Geschäft ist die Volksversicherung — für die Direktoren und Aktionäre. Was sie für die Versicherungsnehmer abwirft, soll uns ein Mann sagen, von dem keiner behaupten kann, er sei Sozialdemokrat und wolle darum dem privaten Kapital etwas an Zugabe fließen. In einer sehr gründlichen Schrift über das private Versicherungsweesen sagt Dr. Paul Schöner über die Geschäftsabrechnung der „Victoria“:

„Der Versicherungsnehmer hat, wenn er den Versicherungsantrag stellt, 1,50 Mk. als Policegebühr zu zahlen, trägt alle etwaigen Stempelkosten usw., zu denen jährlich 10 Pf. für die Erneuerung seines Markenbuchs treten. Die in diesen Ausgaben liegende Gesamtleistung nehme ich auf 7 Millionen Mark an, um gewiß zu sein, dieselbe nicht zu überschätzen. (Die Zahl der eingetragenen Versicherungen beträgt 4 318 110, welche 6 477 165 Mk. Policegebühr einbrachten; dabei ist zwar der Nachschuß nicht berücksichtigt, welcher eintritt, wenn mehrere Versicherungen in einer Familie abgeschlossen werden, andererseits werden die nicht eingetragenen Polken noch in Anspruch zu bringen.) Der Wert der Prämienzahlungen 1892 bis 1906 berechnet sich auf 431 434 870 Mk., so daß die Leistung der Volksversicherten 488 434 870 Mk. anzugehen ist.“

Der Wert der Auszahlungen für Sterbefälle und abgelaufene Versicherungen beläuft sich auf 49 418 824 Mk., derjenige der Beträge für vorzeitige Leistungen auf 1 256 324 Mk. und für Dividenden auf 13 400 852 Mk. Diese drei Posten ergeben zusammen 64 078 800 Mk. Danach hätten also die Versicherten 874 381 070 Mk. mehr einbezogen, als sie unmittelbar zurückerhalten haben. Es müssen aber noch die beiden den Versicherten zugehörigen Reserven mit herangezogen werden: die Prämienreserve in Höhe von 186 888 971 Mk. und die Dividendenreserve mit 57 117 598 Mk. Beide Fonds enthalten freilich noch Summen, die den Versicherten infolge des vorzeitigen Todes noch nicht zugute kommen. Von diesem Umstand also abgesehen, ist

die Gegenleistung der „Victoria“ an ihre Kapitalgeberinnen 808 080 864 Mark. Die entsprechende Leistung der Versicherten war in derselben fünfjährigen Periode 488 484 870 Mark, so daß die Versicherten eine Mehrleistung von 180 854 608 Mark aufzuweisen haben. Von diesen 180 Millionen wurden allein 116 487 776 Mark von den Verwaltungskosten und Agenturprovisionen in Anspruch genommen. Der Rest von 64 Millionen, vermehrt um eine Summe, die sich daraus ergibt, daß die Gesellschaft seit über 84 Prozent an Zinsen verzinnt hat und einen anderen Kapitalgewinn erzielt, verbleibt nach Abzug der Verwaltungskosten, Steuern usw., und schließlich auf Kapitalisten und Aktionäre verbleibend.

Der Wert des Jahresüberschusses in der Periode 1892 bis 1900 berechnet sich auf 88 876 248 Mark, der zwischen den Versicherten und der Gesellschaft zu geteilt ist, daß letztere 70 518 445 Mark in Form der Dividende, letzterer der Rest von 18 357 803 Mark, aufweisen.

Nach seinen komplizierten und gründlichen Untersuchungen kommt Dr. Schöner zu dem Endurteil:

„Alles in allem betrachtet, kann nicht zugegeben werden, daß das sozialpolitische Standpunkt aus der Volksversicherung in ihrer heutigen allgemeinen Form ein ökonomischer Wert innewohnt. Die Volksversicherung ruht auf kapitalistischer Grundlage, und das Kapital hat es nur verstanden, ihr durch hohe Bestände, großen und großen Summenzahlen ein nach außen hin glänzendes Gepräge zu verleihen, während ihrer inneren Struktur nach die Volksversicherung der großen privaten Lebensversicherungsgesellschaften gerade für die Minderbemittelten völlig ungeeignet ist.“

Dies harte Urteil dürfen auch wir uns zu eigen machen; es rechtfertigt die Beschlüsse der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kongresse, eine Volksversicherung auf gesunder, nicht kapitalistischer Grundlage ins Leben zu rufen. Es darf uns nicht wundern, daß ein Teil der bürgerlichen Presse über das Unternehmen herfällt und es als unsolid schmäht oder der Aufsichtsbehörde als parteipolitisch denunziert. Wo es sich hier um einen bemittelten und sicheren Vorstoß gegen die Ausbeutung der Massen durch den Kapitalismus handelt, ist es nur allzu natürlich, daß sich die Interessenten dieser Ausbeutung zur Wehr setzen. Aber das darf und soll uns nicht stören, es wird im Gegenteil den Eifer der organisierten Gewerkschaftler und Genossenschaftler anspornen, ihrem eigenen Werke eine möglichst günstige Aufnahme und ein kräftiges Gedeihen zu sichern.

Ueber die Einzelheiten der „Volksfürsorge“ läßt sich heute noch wenig sagen, die rechnerischen Grundlagen, die natürlich sehr sicher sein müssen, sind noch nicht völlig fertig. Begnügen wir uns daher mit den allgemeinen Normen, die durch die bisherigen Verhandlungen festgelegt sind. Das Unternehmen erhält die Form einer Aktiengesellschaft — aus gewichtigen juristischen Gründen. Das Grundkapital der Gesellschaft soll eine Million Mark betragen und zu gleichen Teilen von den Gewerkschaften und Genossenschaften eingezahlt werden. Die Generalversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat werden aus der gleichen Anzahl Vertreter der Gewerkschaften und der Genossenschaften bestehen. Die Aktien können nur mit Zustimmung des Vorstandes und des Aufsichtsrats auf einen anderen Besitzer übertragen werden. Dadurch ist die Gefahr ausgeschlossen, daß sie in kapitalistische Hände geraten und an der Börse gehandelt werden. Der Höchstbetrag der Verzinsung der Aktien soll 4 Prozent betragen. Der ganze Reingewinn soll nach Zuweisung der notwendigen Beträge an die gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds zugunsten der Versicherten verwandt werden. Nach welcher Methode bei der „Volksfürsorge“ die Prämien aus bemessen werden, kein Pfennig wird den Versicherten verloren gehen — bei dem antikapitalistischen, demokratischen Charakter der „Volksfürsorge“ ist dies für alle Zeiten ganz ausgeschlossen.

Ueber die Arten der Versicherung haben in der dazu eingesetzten Kommission wiederholt eingehende Erörterungen stattgefunden. Die Kommission hat sich schließlich grundsätzlich dafür entschieden, alle Arten der Volksversicherung einzuführen, wie sie die großen Lebensversicherungsgesellschaften eingeführt haben. Die große Zahl der jährlich bei diesen neu abgeschlossenen Versicherungen aller Arten beweist, daß dafür ein Bedürfnis vorhanden ist, und diesem Bedürfnisse wird die „Volksfürsorge“ Rechnung tragen müssen, wenn sie nicht klein und schwach bleiben will. Bei den Lebensversicherungsgesellschaften ist die größte Zahl der Versicherungen die Kapitalversicherung, die Versicherung auf den Todesfall ohne ärztliche

Untersuchung, das heißt, der Versicherte versichert für den Fall seines Todes eine bestimmte Summe, die nach Ablauf der festgesetzten Karenzzeit den Angehörigen voll ausbezahlt wird. Diese Art der Versicherung hat natürlich zur Voraussetzung, daß bestimmte Wochen- oder Monatsbeiträge laufend gezahlt werden.

Um nun die Kosten bei Zahlungsunfähigkeit ihrer Inhaber vor dem Verfall zu schätzen, ist geplant, neben der sogenannten Kapitalversicherung eine Spar- und Lebensversicherung zu schaffen. Ist es einem Versicherten unmöglich, nach Ablauf der gewöhnlichen Zahlungsfrist seine Beiträge für die von ihm abgeschlossene Kapitalversicherung weiterzahlen zu können, so wird eine Police ohne weiteres, also ohne daß es dazu eines besonderen Antrages bedarf, in eine solche nach der Spar- und Lebensversicherungstabelle umgewandelt. Bei Einführung dieser Methode werden dem Versicherten seine eingezahlten Beiträge niemals verloren gehen, sein Anrecht auf Versicherung wird niemals erlöschen.

Bei der Durchführung der Versicherung kommt es vor allem darauf an, daß die Funktionen der Gewerkschaften bereit sind, sich der Verwaltung der neuen Organisation zu widmen. Denn der Wert des Ganzen wird stark davon beeinflusst werden, welche Verwaltungskosten notwendig sind. Die „Volksfürsorge“ ist geboren aus dem Geiste der Solidarität, und sie kann auch nur dann das werden, was sie werden soll, wenn dieser Geist sie weiter beherrscht.

Das Augenzittern der Bergleute.

Ueber den Nyktagnus (Augenzittern) der Bergleute bringen L. und R. Gehberg, zwei in Essen wohnende und mit den bergmännischen Verhältnissen vertraute Augenärzte, in der Zeitschrift für Versicherungsmedizin ein Gutachten. Zu demselben heißt es:

„Die Affektion befindet sich besonders bei solchen Bergarbeitern, die gezwungen sind, in gebückter oder schräger Haltung bei nach oben gerichteter Stirn mit der Gade zu arbeiten; von Einfluß sind hierbei außerdem die Art der Beleuchtung (Grubenlampe), die Höhe des Stollens usw. Die Störungen treten nur bei herabgesetzter Beleuchtung bzw. Dunkelheit auf und bei bestimmter Blickrichtung, um bei Tageslicht meist sofort wieder zu verschwinden. Die eigentliche Ursache ist noch immer dunkel; der Nyktagnus ist nach allgemeiner moderner Anschauung keine primäre Erkrankung der Augenmuskulatur, sondern beruht auf neuropathischer Grundlage mit sekundärer Beeinträchtigung der äußeren Augenmuskeln, besonders der Heber (Nachlassen des Muskeltonus). Daher erklärt sich auch, daß nicht alle Bergleute erkranken, sondern nur ein kleiner Teil derselben, die entweder an Schwachsichtigkeit oder Brechungsfehler usw. leiden oder durch Alkoholismus, Infektionskrankheiten u. dergl. eine Verminderung der körperlichen Widerstandskraft erfahren haben. Andererseits sind auch äußere Momente, Nervenschöck, Trauma usw. imstande, das Augenzittern auszulösen.“

Weitere Mitteilungen über den Nyktagnus finden wir in der Zeitschrift für Gewerbehygiene, 1912, Nr. 4, 5, 6:

„Demnach wurden in den Jahren 1908 und 1909 beim Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum 1188 Arbeiter wegen Nyktagnus invalid, das sind 21,46 Prozent, also mehr als ein Fünftel aller Invalidisierten. Als Ursache wird besonders die Arbeit in Schräglage bezeichnet, wobei der Arbeiter infolge des niedrigen Sitzes einerseits den Kopf gebeugt halten, andererseits die Augen nach oben richten muß. Hierdurch werden die Augenmuskeln naturgemäß überanstrengt. Mögliche kann durch Arbeitswechsel erreicht werden, daher ist eine möglichst frühzeitige Beachtung notwendig, um der Invalidität vorzubeugen. Die besten Heilmittel sind Bewegung in freier Luft, reichlicher Schlaf und Alkoholabstinenz.“

In Nr. 5 und 6 behandelt G. eine eingehende die wirtschaftliche Bedeutung des Grubennyktagnus an der Hand von Material des Saarbrücker Bezirkes:

„Dortselbst fanden im Jahre 1909 0,2 Prozent der Gauer wegen Augenzitterns in ärztlicher Behandlung, während im Jahre 1910 bei einer gegen das Vorjahr um 2,4 Prozent erhöhten Belegschaft 50 Prozent Nyktagnus mehr beobachtet wurde. Andere Autoren berechnen aus verschiedenen Grubenbezirken 1,5–7,5 Prozent; letzteren Satz (7,5 Prozent) hält Verfasser auf Grund eigener Untersuchungen für den zuverlässigsten. Es würden demnach allein in den staatlichen Gruben bei Saarbrücken 1520 Bergleute in mehr oder weniger hohem Grade vom Nyktagnus ergriffen sein. Allerdings liegt nur etwa bei der Hälfte der Fälle Arbeitsunfähigkeit vor, und von den übrigen und subjektiv Arbeitsfähigen suchen nach etwa 7 Prozent unter Tage vor der Kohle weiter zu arbeiten, d. h. sie werden in acht

kameradschaftlicher Weise von der zusammenarbeitenden Kameradschaft durchgeschleppt, um die wirtschaftliche Schädigung von etwa 18 Prozent des Jahresverdienstes zu vermeiden, welche beim Wechsel der Arbeit vor der Kohle mit der Heberarbeit eintreten würde. Diese durchgeschleppten Arbeiter bieten jedoch für die Betriebswirtschaft eine große Gefahr, nicht zuletzt auch für den eigenen Unfallschutz. Die Auskosten inkl. Krankengeld infolge Nyktagnus würden in Saarbrücken entsprechend den Berechnungen aus den letzten Jahren etwa pro Jahr 170 888 Mark, d. h. 280 Mark pro Mann ausmachen. Ist das Seiden dauernd so hochgradig geworden, daß der Bergmann infolge der begleitenden Schwindelanfälle und Schweißschüden sich ohne Gefahr nicht mehr im Freien bewegen kann, so ist die Pensionierung unausschießbar; Verfasser fand 10 (= 18 Prozent) derartiger schwerer Fälle, aus früheren Jahren noch weitere sieben Fälle. Das Durchschnittsalter der wegen Nyktagnus pensionierten Arbeiter war ca. 46 Jahre; zwölf Arbeiter waren 88–96 Jahre alt. Nach Berechnungen des Verfassers müßten von den 1520 Nyktagnuskranken 108 Bergleute (= 18 Prozent) in einem Durchschnittsalter von 46 Jahren bergfertig, d. h. pensionsfähig sein, was einer jährlichen Pensionslast von über 92 000 Mark entspricht. Da eine Pension nur beim Aussetzen der Untertagearbeit zu erwarten ist, muß die Differenz zwischen dem Lohn über und unter Tage dem Nyktagnuskranken ersetzt werden, wie dies seit 1907 in England geschieht. Allerdings berechnet der Verfasser für die staatlichen Kohlengruben bei Saarbrücken allein eine jährliche Rentenlast von 208 648 Mark, was zunächst als außerordentlich hoch und erschreckend erscheint. Doch glaubt Verfasser, daß abgesehen vom Unfallschutz, dadurch die schweren Fälle bald ganz beseitigt werden und daß somit diese Summe rasch auf ein Minimum sich reduzieren dürfte. Ferner wären vorerst noch verschiedene praktische Schwierigkeiten zu überwinden (spezialärztliche Untersuchungen der Belegschaft, Aufnahmeverfahren usw. dgl.). Nach Erfahrungen von L. und R. Gehberg erkrankten übrigens meist nur solche Bergleute, die von Geburt an schwachsichtig sind oder Brechungsfehler haben oder durch Folgezustände abgelaufener Augenkrankheiten an verminderter Sehschärfe leiden, ferner Alkoholiker und Melanoblasten nach schwerer Krankheit. Diese begünstigenden Momente rechtfertigen die Forderung fortlaufender Untersuchungen der Belegschaft und den Ausschluss disponitiver Bergleute von der Untertagearbeit.“

Vor kurzem haben wir in der „Bergarbeiter-Zeitung“ einen Auszug aus dem Gutachten eines englischen Arztes veröffentlicht, welcher auf Grund jahrelanger Forschungen zu dem Ergebnis gekommen ist, daß in der Hauptursache das matte Licht der Grubenlampe an der Entstehung des Augenzitterns die Schuld trage. Nach obigen Ausführungen deutlicher Verzele kommen aber eine ganze Reihe von Ursachen in Frage. So Schrämen und Gaden bei nach oben gerichteter Stirn, matte Beleuchtung, schon vorhandene Schwachsichtigkeit, Alkoholismus, Infektionskrankheiten, Nervenschöck und Trauma. Welche von diesen Ursachen im allgemeinen als Hauptursache anzusehen sind, darüber sind sich die Gelehrten noch nicht einig. Zweifellos dürften aber die matte Beleuchtung und das Arbeiten bei nach oben gerichteter Stirn die Hauptursachen sein. Wenn die Herren Dr. Gehberg aber sagen, an Augenzittern erkrankten nur solche Bergleute, „die entweder an Schwachsichtigkeit oder Brechungsfehlern usw. leiden oder durch Alkoholismus, Infektionskrankheiten u. dgl. eine Verminderung der körperlichen Widerstandskraft erfahren haben“, so ist das ganz bestimmt völlig daneben gehalten. Uns sind an Augenzittern leidende Bergleute bekannt, die aus ländlichen Gegenden stammen, beim Militär gute Schützen waren und bei denen von Alkoholismus und Infektionskrankheiten keine Rede sein kann. Nein, ihr Herren Verzele, sucht nur nicht, wie so häufig, eine Schuld in dem Verhalten des einzelnen Erkrankten, sondern räumt nur ein, daß das Augenzittern seine einzige Ursache in der Veranlassung der Bergarbeit hat. Alkoholismus und Infektionskrankheiten ohne Bergarbeit haben noch niemals Augenzittern verursacht, sonst würden mindestens 90 Prozent unserer Junker an Augenzittern leiden. Daß nur ein Teil der Bergleute — aber kein geringer! — unter dieser Krankheit zu leiden hat, erklärt sich dadurch, daß nicht alle Arbeiter längere Zeiten eine die Krankheit besonders fördernde Beschäftigung haben. Wir empfehlen, jeden an Augenzittern leidenden Bergmann über die Dauer und Art der einzelnen gehaltenen Beschäftigungen zu befragen. Dann wird recht bald das „Mittel“ gelöst sein und sich herausstellen, daß diese Leute längere Zeit an heißen Orten, bei unreinen Lampen (Lampengläsern, Reflektoren sind rar) in stehenden oder hohen Stößen oder mit Schrämen gearbeitet haben. Den Bergleuten selbst ist zu raten, nicht zu lange „Spezialist“ im Schrämen zu bleiben.

Rohlenstaubexplosionen der Grube West Stanley 1909 und Pretoria 1910.

II.

Die Grube Pretoria liegt 16 Kilometer nordwestlich von Mandelstert, hat eine Tagesproduktion von 2400 Tonnen und beschäftigt insgesamt 2400 Arbeiter. Der Abbau wurde damals auf den fünf Sohlen Treacherbone, Plodder, Yard, Three Quarter, Arley (siehe nebenstehenden Aufsatz) betrieben. Der Betrieb war im allgemeinen wie bei West Stanley. Die Wetterführung wurde durch drei in verschiedenen Stagen unter Tage stehende Ventilatoren besorgt, die allerdings durch einen über Tage stehenden ersetzt werden konnten und 28,8 Kubikmeter Luft pro Stunde lieferten. Die eingehende Luft wurde in besonderen Strecken bis zu den Abbauen geführt, während man für den Wetterabzug einfach die Förderstrecken verwendete. Die Kohle wurde seit einigen Jahren nur noch durch Gauer- und Bohrerarbeit gewonnen; falls zum Vorarbeiten von Strecken im festem Gestein Sprengungen nötig waren, so erfolgten sie außerhalb der eigentlichen Arbeitsstrecke. Die Grube hatte sehr viele Schlagwetter; exakte Angaben haben wir allerdings darüber nicht, da dieselben Verhältnisse wie bei der Grube West Stanley vorlagen. Indessen war es wohl bekannt, daß namentlich in der Nähe der Spalten sehr oft Schlagwetter ausströmten, bisweilen in so großer Menge, daß die Arbeiter an der betreffenden Stelle unterbrochen werden mußten. Indessen galt dies nur von gewissen Stellen, während man in dem Luftstrom mit der Wetterlampe nie etwas Verdächtiges beobachten konnte. Gerade auf langen Vorrichtungstrecken ließen sich oft große Wettermengen bemerken, weil die Wettertüren entweder zu sparsam oder ungenügend angebracht waren; dies ist überhaupt von der Anlage der ganzen Ventilationsanlage zu sagen. Die Lampen waren nach System Wols. Es war dafür gesorgt, daß die Arbeiter eine ausgegangene Lampe an einer bestimmten Stelle oder bei einem Steiger ausgeben mußten; indessen scheint man diese Vorschrift bisweilen auch umgangen zu haben. Die Lampenkontrolle war sehr summarisch und die Lampen oft beschädigt. Die Grube war ferner sehr staubig, der Staub leicht entzündlich, da er 38 Prozent flüchtige Bestandteile, nur 2 bis 5 Prozent Asche und 2 Prozent Feuchtigkeit aufwies. Er konnte aus verschiedenen Ursachen reichlich auftreten: Durch Westwind, der der Schacht für die Wetterzuführung frei ausmündete und die Kohlenstaubentzündungsanstalt nur 50 Meter davon entfernt lag; vor allem aber bei der Streckenförderung, da die Gunde undichte Wettertüren hatten. Auch beim Gauen und Bohren trat viel Staub auf, namentlich auf Sohle Plodder, die auch die wetterreichste war. In West-Plodder wurden die Leute durch den Staub oft so sehr belästigt, daß man, aber nur aus diesem Grunde, zweimal wöchentlich herbeiführte. Eine Zeitlang versuchte man es auch mit Chloroform, die Dichte der Luft jedoch ungenügend über diesen Erfolg; das Salz hätte wohl die Feuchtigkeit der Luft absorbiert, den Staub aber dadurch nur um so mehr ausgeföhrt. Die Grube war überhaupt sehr trocken; der eingehende Luftstrom zeigte einen größeren Feuchtigkeitsgehalt als der ausgehende. Zu bemerken ist noch, daß der Manager der Grube mit Arbeiten überhäuft war, so daß er nicht jeden Tag revidieren konnte. Die Pläne waren, wie oft in englischen Gruben, nachlässig geführt und nur da, wo es sich um die eigentliche Kohlenabfuhrung handelte, genau; die Pläne der Wetterführung entsprachen dem besten Zustand nicht mehr. Auch die Revisionen der Steiger waren ungenügend.

Die Katastrophe trat morgens 8 Uhr ein. Der Rauch und die Flammen drangen bis zur Mündung des Schachtes, richteten dort aber keine Zerstörung an. Nachdem man die beschädigte Schachtförderung repariert hatte, wurde sofort mit dem Rettungswerk begonnen. Der Rettungsdienst, der im Distrikt von Mandelstert organisiert ist, funktionierte nicht schlecht; man verwendete auch Altmungsapparate. Indessen dauerte es sehr lange, bis alle Grubenräume von Gasen frei waren, und es dauerte zehn Tage, bis man alle 298 Leichen geborgen hatte, die gleich im Anfang der Explosion erlosch, zum Teil auch verbrannt waren.

		Nr. 3	Nr. 4	Tag
	0 m			
Trencherbone	134 m			1,07 m
Plodder	250 m			0,98 m
Yard	280 m			1,19 m
Three Quarter	330 m			0,44 m
Arley	397 m			0,89 m

Aufsatz der Grube Pretoria.

Es ist ebenso schwer hier, wie in West Stanley, den Anlaß und Entstehungsort der Explosion mit Gewißheit anzugeben. Die wirklichen Augenzeugen waren tot, die Pläne und Register geben über den Status vor der Explosion keinen hinreichend genauen Aufschluß und die Spuren der Zerstörung sind bisweilen irreführend. Es liegen zwei offizielle Berichte vor; aus diesen und aus seiner eigenen Augenzeugenannahme kombiniert der Verfasser seine Ermägunen. Für die Entstehung der Explosion kommt vor allem nur die Sohle Plodder in Betracht; in allen anderen hatten sich die Arbeiter mehr oder weniger weit entfernt, bis sie der Explosion unterlagen. Von der Sohle Plodder ist der nördliche Teil wichtig, der zwei Abbaustellen Nr. 1 und Nr. 2 hat. In Plodder-Süd sind zwar die

Verseuerungen am bedeutendsten, doch laufen hier die Richtungen der dynamischen Wirkung so durcheinander, daß man zur Erklärung eine Wirbelbildung annehmen muß. Nach einem der offiziellen Berichte soll die Explosion in dem Abbau Nr. 2 von Nord-Plodder ihren Anfang genommen haben. Es hätte hier, was öfters vorkam, ein größeres Zubruchgehen stattgefunden, wobei eine bedeutende Menge Schlagwetter ausströmte, diese wurden durch eine schlechte Lampe entzündet und veranlaßten die Explosion des Kohlenstaubes. Indessen spricht gegen diese durchaus glaubhafte Annahme die Richtung der Rostströmung im Abbau Nr. 2. Der Verfasser verlegt den mutmaßlichen Entstehungspunkt in den Abbau Nr. 1, wo erst kurz zuvor starke Wetterentladungen stattgefunden hatten, und hier stimmt auch die Richtung der Roste und der dynamischen Wirkungen mit seiner Hypothese überein. Zweifellos ist auch hier eine Entzündung von Schlagwetter die erste Ursache der Explosion gewesen; es ist nur die Frage, wie diese selbst entzündet wurden. Die Vermutung, es sei eine schadhafte Lampe daran schuld, ist glaublich, doch durch nichts erwiesen. Dagegen bestand sich dort der Delunterbrecher der elektrischen Leitung, und es ist durch Zeugenaussagen bestätigt worden, daß dessen Teil von den Arbeitern, aus Unkenntnis der Gefahr, oft nicht bis zu genügender Höhe nachgeführt wurde, und daß sich bisweilen Funken daran zeigten. Ein solcher Funke mag dann auch, was am ehesten anzunehmen ist, die Entzündung der Schlagwetter veranlaßt haben. Durch Vergleich mit dem Kohlenstaub, der in der Versuchsanstalt zu Wien verwendet wird, und durch Photographien der Flammen hat der Verfasser nachgewiesen, daß der in Abbau Nr. 1 vorhandene Kohlenstaub zu den leichtest entzündlichen Formen gehört.

Beide Unglücksfälle, in West Stanley und in Pretoria, haben uns manche neue Lehre für die Zukunft gegeben. Wir sehen wieder, wie eng Schlagwetter und Kohlenstaubexplosion miteinander zusammenhängen, und wie sorgsam man darauf bedacht sein muß, zugleich mit dem Kohlenstaub auch die schlagenden Wetter zu bekämpfen. Bei der Katastrophe von West Stanley wurde schon bemerkt, daß die Flammen, trotzdem die Schächte rieselförmig waren, noch weit zum Schacht hinausschlug, also durch eine feuchte Strecke von 225 Metern nicht erlosch wurde. Indessen, ehe man deshalb die Bekämpfung des Kohlenstaubes durch Vernebelung ungünstig beurteilt, möge man bedenken, daß in einem Schacht mit seiner Ausmündung an die freie Atmosphäre und seinem großen Querschnitt, der den Einfluß der feuchten Wände sehr herabsetzt, doch ganz andere Verhältnisse vorliegen als in den Strecken. In einigen Sohlen der Grube West Stanley fand die Flamme nur wenig Verbreitung, so namentlich auf Sohle Arley; in dieser aber enthielt der Kohlenstaub sehr viel Schiefer, dessen schwebende Wirkung sich also auch hier wieder offenbart. Andererseits enthielt die Sohle der Sohle Bradwell, wo die Katastrophe auch den größten Umfang annahm, viel flüchtige Bestandteile, mehr als die aus den anderen Sohlen. In dem Reumessum über die Katastrophe von Pretoria hebt der offizielle Bericht folgende Punkte hervor, denen sich auch der Verfasser anschließt: die Oberaufsicht, die Revision durch die Steiger und die Wetterkontrolle waren unzureichend. Es hätte besser dafür gesorgt werden müssen, daß die Lampen nicht von Unbefugten wieder angezündet werden können. Die Ventilationsanlage war an manchen Punkten sehr ungenügend; die Anwendung von Ventilatoren unter Tage ist nicht zu empfehlen; vor allem aber dürfen die Wetter nicht durch die Förderstrecken ausgeführt werden, weil die ausströmenden Schlagwetter den Kohlenstaub noch gefährlicher machen. Die Verwendung von Chloroform in so stark wettergefährlichen Minen ist nicht ratsam. Es ist indessen hierbei zu bemerken, daß trotz der sehr starken Explosionswirkung die unmittelbare Leitung nirgends beschädigt wurde.

Wertvoll ist das Eingeständnis der Gutachter, daß Augen-
gittern auch durch ein Trauma (Gewalteinwirkung)
ausgelöst werden kann. Zahlreich sind die Fälle, in denen die
Bergleute erst nach einem Unfall — meterhohen Fällen, Ver-
letzung des Kopfes usw. — erst etwas von Augengittern merken,
das sich dem Erkrankten durch Juckern und Tanzen der Gegen-
stände bemerkbar macht. In solchen Fällen haben die Ärzte
aber meistens das Vorliegen einer plötzlichen Gewalteinwirkung
verneint und eine allmähliche Entstehung durch die Be-
triebsarbeit angenommen. Infolge des Eingeständnisses der
Gutachter Dr. Sehberg tun die Bergarbeiter gut, in Zukunft in
allen Fällen, wo nach einer Gewalteinwirkung auf den Körper
eine Entstehung oder plötzlich eingetretene erhebliche Verschlim-
merung des Augengitterns zu bemerken ist, durch das nächste
Rechtschutzbureau der Organisation ihre Ansprüche auf Unfall-
rente geltend machen zu lassen.

Das ist entschieden ratsam, als zu warten, bis der Bundes-
rat das Augengittern allgemein als Unfallkrankheit anerkennt.
Damit hat es noch gute Wege. Der „Christliche“ Streikbrü-
derverein hat mit seiner Eingabe allerdings eins erreicht:
Er hat Hoffnungen erweckt, die — und das ist das un-
antwortliche seiner Handlungsweise — nicht erweckt werden
durften, weil sie ja nicht erfüllt werden. Diese Hoffnungen
würden heute bereits verflüchtigt sein, wenn — ja, wenn das
Zentrum mit seinen „Arbeitervertretern“ den sozialdemokra-
tischen Antrag, der die Anerkennung der Vernachlässigung
krankheiten als Unfallkrankheiten zu zwin-
gendem Recht machen wollte, nicht abgelehnt hätte. So
aber ist es bei der extra zur Einsetzung der Arbeiter bei der
Reichstagswahl geschaffenen Bestimmung, daß der Bundesrat
machen kann, was er will, geblieben und den Arbeitern bleibt
— die Hoffnung. Mag der zentrierte „Bergknappe“ doch mal
die Grube an, die ihn berechtigen, auf ein Entgegen-
kommen des Bundesrats zu hoffen. Mag er sich aber auch
zu den Ausführungen in der „Arbeiterversorgung“, Heft 3
— 1912, mal ansehen. Wenn er dann noch einen Erfolg seiner
Eingabe in Aussicht stellt oder auf diese sich etwas zugute tut,
dann ist das eine gewissenlose Fortsetzung
seines begonnenen Schwindels. In der Arbeiter-
versorgung“ sind nämlich eine ganze Reihe den verschiedensten
Berufen eigene Krankheiten aufgeführt, die im Falle eines Ent-
gegenkommens des Bundesrats in Konsequenz alle als Unfall-
krankheiten anerkannt werden müßten. Traut das Zentrum-
blatt „christlicher“ Streikbrecher dem Bundesrat bei der schroff
ablehnenden Erklärung des Regierungsvertreters das an? Das
Machwerk ist elende Scheuerei!

Noch weniger wie von dem Bundesrat haben die an Augen-
gittern leidenden Bergleute von dem „Wohlfühlen“ der Knapp-
schafftsvereine und der Werksbesitzer zu erhoffen. Gewiß kann
man denen bei weiteren Prozessen die bisherigen Erklärungen
entgegenhalten. Verachtet das aber dazu, nun auch anzunehmen,
daß man wirklich ernsthaft die Anerkennung des Augengitterns
als Invalidierungsgrund wolle? Sehen wir zu:

Zunächst ist der Bochumer Knappschafftsverein — auch die
anderen nicht — gar nicht gezwungen, mit seiner bis-
herigen Praxis zu brechen. Es steht ihm völlig frei, nach wie
vor an die an Augengittern Leidenden die Vergütungsrente
zu zahlen. Das, sollte man meinen, müßte nun nach den wohl-
wollenden Erklärungen auch getan werden. Doch weit gefehlt!
Der Allgemeine Knappschafftsverein macht sich die Entscheidung
des Oberschiedsgerichts in der rücksichtslosesten Art und Weise
zu Nutzen. Man hielt Reden über die „bebauerte“ Ent-
scheidung des Oberschiedsgerichts, ließ auch in der Presse er-
klären, daß die Werksbesitzer mit den Arbeitervertretern in der
Sache einer Meinung seien und — fing gleichzeitig damit an,
den an Augengittern Leidenden Knappschafftsmitgliedern die
Pensionen zu verweigern! Nicht nur in neu dazu kommenden
Fällen, auch alte, bestehende Pensionen werden aufgehoben!
Krankengeld gibt es für die an Augengittern Erkrankten ebenfalls
nicht mehr! In der Presse wird die enorme Belastung der
Knappschafftskasse durch das Augengittern dargelegt. Geredet
wird darüber, was bei Befolgung der oberchiedsgerichtlichen
Entscheidung gespart werden könne usw. Wer bei diesem Vor-
gehen noch Entgegenkommen vom Knappschafftsverein und von
den Werksbesitzern erwartet, der mag in seinem Dusein an das
„gute Herz“ oder die „Einsichtigkeit“ der Knappschafftsgehaltigen
weiter „spinnen“. Einsicht? Ja, für den Profit! Die Gruben-
herren kalkulieren so: In der Jetztzeit sind für schwerere Arbeiten
über Tage schlecht Arbeiter erhältlich. Erwachsene ungelern-
te Arbeiter verdienen anderwärts mehr als auf den Gruben über
Tage. Deshalb müssen sich die Gruben mit Invaliden und
jugendlichen Arbeitern im Alter von 14 bis 16 Jahren behelfen.
Man braucht für die schwereren Ubertagsarbeiten aber auch
kräftigere Leute. Diese glaubt man in den an Augengittern
Leidenden gefunden zu haben. Mit diesen kann man der Kata-
strophe des Arbeitermangels über Tage abhelfen, denn die
an die Grube gewöhnten Arbeiter gehen nicht
so leicht zu anderen Berufen über. Darum keine
Pension und keine Krankengeld und zur Verdonnerung des ar-
beiterfeindlichen Vorgehens wohlwollende Worte.

Auch das ist ein neuer „herrlicher Sieg“ des „christlichen“
Streikbrüdervereins. Mit der Zeit werden die Streikbrü-
derorganisationen den Bergleuten noch ihr letztes Recht fort, „sagen“!

Ansiedelung von Bergarbeitern.

Es ist merkwürdig, wie der moderne Kapitalismus arbeitet, um
die Menschheit beherrschen zu können. Unausgesprochen verdrängt er
durch gewaltige Großbetriebe die selbständigen Kleinbetriebe, macht
aus den ehemals freien Handwertern und Kleinbauern Lohnsklaven.
Hat er sie losgerissen von ihrer Scholle, dann sind sie ihm auf Gnade
und Ungnade ausgeliefert — so meint der Großkapitalist. Das trifft
wohl auch in den meisten Fällen zu. Aus den früher selbständigen Klein-
bauern hat er allmählich Nomaden gemacht, die unjäh im Lande
ohne wirtschaftliche Heimat umherziehen. Wer irgendwo müssen die
modernen Nomaden sich doch, wenn nur für längere Zeit, niederlassen.
Und weil das Großkapital fast nur noch allein Arbeit und Brot zu
vergeben hat, da müssen die Vertriebenen wohl oder übel sich seiner
Allmacht unterwerfen und unter seiner Knechte fronen.

Das ist die Regel, die zum Leidwesen einzelner Großkapitalisten
aber auch Ausnahmen aufweist. Die gewaltige Völkerwanderung der
Seitwärtigen, die nach Lebensmöglichkeiten suchen müssen, und die dem
Großkapital immer wieder die nötigen Arbeitskräfte zuführt, steht sich
in jenen Stellen des Landes, wo die Kultur auch dem Armen einen
gewissen Genuß vom Leben verspricht. In den großen Gießereien
der Industrie ist es dem Unternehmerrkapital ein Leichtes, die nötigen
Arbeitskräfte zu finden. Anders ist es dagegen in jenen Gebieten,
hervor sich das Kapital erst neu bemächtigt, um dort vorhandene Schätze
und die Bevölkerung auszubeuten. Es gibt eine Reihe solcher Gebiete,
wo die moderne Industrie jungfräulichen Boden vorfindet, die aber
weitab liegen von den Wandertruppen des proletarischen Nomadenheeres.
Auch das Grubenkapital erschließt sich fortgesetzt neue Ausbeutungs-
objekte. Der Bergbau, früher auf die wenigen altbekannten Lager-
stätten von Mineralien beschränkt, dehnt sich allmählich über das ganze
Land aus. In den großen Ebenen ostwärts der Elbe, in Brandenburg,
Polen, Schlesien und Westpreußen — überall finden sich Braunkohlen-
lager, über die das Kapital gleich einem Raubtier herfällt. Weidlich
besitzt es diese Schätze und wieder die Fundstellen von Kali und Petroleum,
die das Unternehmerrkapital anlocken. Solange der neu angelegte Betrieb
noch klein ist, geht es vortrefflich. Da reichen gewöhnlich die Arbeiter
aus, die in der Umgebung wohnen. Sobald aber die Anlagen größeren
Umfang annehmen und mehr Arbeitskräfte erfordern, beginnt für
den Unternehmer die Sorge wegen des Arbeitermangel. In jenen
gewöhnlich nur schwach bevölkerten Gegenden sind die Lebensverhält-

nisse meistens so traurige, daß selbst die einheimischen Arbeiter in der
Fremde ein Unterkommen suchen. Sie folgen dem Zuge nach den
Großstädten und den westdeutschen Industriebezirken. Um nur zwei
Beispiele anzuführen: Die 2 071 257 Einwohner der Stadt Berlin (nach
der letzten Volkszählung) sind zur größeren Hälfte Zugewanderte; rund
1 200 000 der Berliner Einwohner sind nicht in Berlin geboren, sondern
von auswärts zugezogen. Davon entfielen auf die Provinz Branden-
burg 258 322, Ost- und Westpreußen 182 883, Pommern 180 710 und
Schlesien 146 167. Die Zahl der Zugewanderten wäre groß genug, um

Der Massentod auf Grube La Clarence.

Woche um Woche kündigt der Telegraph, bald aus diesem, bald
aus jenem Lande, daß sich eine neue furchtbare Grubenkatastrophe
ereignet, daß wiederum Soldaten der Arme der Kohle in Massen
verbrannt, erschlagen, gemeinschaftlich auf dem Felde der Ehre
ihren Geist ausschachten. Diesmal kommt die Trauernachricht
aus Belgien (Nordfrankreich), wo, wenn die Zentrums-
presse recht hätte, der über den Wolken thronende all-
gütige, allweise, allgerechte Schöpfer und him-
mlische Vater wiederum 71 „Erdenwürmer“ geigte, daß auch
er, der Allgütige, noch lebt, indem er diese „Erdenwürmer“ durch
eine furchtbare Explosion vernichtet, zahlreichen Frauen und un-
schuldigen kleinen Kindern Mann, Vater und Ernährer raubte.
Wir sagen, wenn die Zentrums- und die christliche Presse,
die quasi als Himmelsanzenge auf Erden gelten will, dann wäre
dem ja, während in Wirklichkeit dort wie hier die Profitsucht die
Schuld an dem Massenunglück trägt.

Dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen wir folgende Schil-
derung über das Unglück:

„Die Grube Clarence, auf der sich die Schlagwetterkata-
strophe ereignete, liegt bei Calonne Micourt. Sie be-
schäftigt 800 Bergleute und hat eine jährliche Ausbeute von 150 000
Tonnen Kohlen. Die Katastrophe ereignete sich kurz nach dem
Schichtwechsel. 850 Arbeiter waren gerade zutage gekommen und
75 bis 80 Mann führten in den Schacht ein, wo sie in einer Tiefe
von 930 Metern zu arbeiten hatten. Sie waren kaum an ihrer
Arbeitsstelle angekommen, als man um Schichtende eine furcht-
bare Detonation hörte, der Boden zitterte wie bei einem Erd-
beben und viele Mauern stürzten ein. Bevor noch die in der
Nähe des Schachtes befindlichen Leute sich von dem ersten Schrecken
erholt hatten, sahen sie, wie aus dem Schachte zehn Bergleute
herausstiegen. Sie waren rauchgeschwärzt und zeigten Wundspuren
im Gesicht. Wie wahnsinnig bei dem Anblicke des Tageslichts auf-
lachend, stürzten sie davon, ohne ein Wort zu sagen. Sie hatten
sich auf den Rettungsleitern (Fahrläden) in Sicherheit gebracht. Es
sind diejenigen Arbeiter, die sich zu Beginn der Katastrophe noch
finden konnten. Es wurde sofort mit den Rettungsarbeiten be-
gonnen, und schon nach einer halben Stunde fuhr die Rettungs-
mannschaft in den Schacht ein. Ihre Vorrichtung war außerordent-
lich mühsam und gefährlich, da man sich durch große Trümmer-
haufen hindurcharbeiten mußte. Die Rettungsmannschaft stieg
zunächst auf zwei Tage. Die erste Leiche war ohne Kopf. In
einer Entfernung wurde der Kopf gefunden. Er war durch den
Anprall an eine Mauer vollständig zersplittert. Die zweite Leiche
wurde von dem Ruder des Toten, der sich bei der Rettungsman-
schaft befand, gefunden. Bald darauf wurden drei weitere Leichen
gefunden. Es gelang der Rettungsmannschaft, acht Schwerver-
wundete aufzufinden, die durch die Gewalt der Explosion förmlich
kalibriert waren, so daß ihnen die Kopfhaut in Fetzen herunterhing,
die rasch zutage gefördert wurden. Sie wiesen schwere Brand-
wunden auf und waren ohne Bewußtsein. Man brachte sie in ein
improvisiertes Hospital in einem Gebäude der Grube, wo sich Ärzte
und Krankenschwestern um sie bemühten. Im ganzen gelang es
der Rettungsmannschaft, nach mehreren Stunden angestrengter
Arbeit 24 Verwundete herauszubefördern. Die meisten der zutage
Geförderten sind durch das Einatmen giftiger Gase so schwer er-
krankt, daß sie schwerlich am Leben erhalten werden können. Im
Morgen, als der vierundzwanzigste Verwundete herausbefördert
worden war, zählte man die Verlebten ab. Es waren 24 im
Hospital, ferner drei Tote und die Männer, die sich bei Beginn
der Katastrophe retten konnten. Die ganze Nacht war man damit
beschäftigt, die Leichen zutage zu fördern. Die erste Leiche war
die eines 16jährigen jungen Bergmanns, den sein Vater an der
Schachteleinfahrt in Empfang nahm. Wegen der bürgerlichen Stunde
mußten die Rettungsmannschaften die Vergungsarbeiten einstellen.
Es spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Frauen, deren Männer
oder Söhne sich unter den Verunglückten befanden, stürzten den
Rettungsmannschaften entgegen und bitteten sie mit Fragen.
Die Ursachen der Explosion sind noch nicht ganz aufgeklärt. Schon
bei Beginn dieses Jahres wütete in dem Schacht, in dem sich jetzt
das Unglück ereignete, eine Feuersbrunst. Es wurde dann längere
Zeit nicht mehr in diesem Schacht gearbeitet. Ob die jetzige Kata-
strophe wieder auf einen Brand oder auf schlagende Wetter zurück-
zuführen ist, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt.“

Nach den letzten Meldungen beträgt die Zahl der Toten 71
und die der Verwundeten 13, darunter mehrere Personen der
Rettungsmannschaft. Unter den Toten befindet sich auch der
Ingenieur Dupont, der heldenhafte Retter von Courrières, dem
auch hier die Leitung der Rettungsarbeiten oblag, wobei der Grabe
seinen Tod gefunden hat. Die Rettungsarbeiten mußten wegen
Feuer und sich fortwährend wiederholenden Explosionen ein-
gestellt werden, obwohl sich noch eine Anzahl Arbeiter in der Tiefe
befanden, die man jedoch für verloren gibt. So hat der Gruben-
molech eine neue Gefatone verhängen; den Bergleuten spendet
man wiederum Trost, vergießt wiederum recht mildtätig einige
Kontostückchen, versendet Beileidstelegramme höher und höchster
Herrschaften, schaufelt das Massengrab zu und zwingt nach wie
vor die armen Knappen in Schlagwetter und Kohlenstaub hinein,
bis wiederum Hunderte auf der Totenbahn liegen. Das, was die
Bergleute brauchen: Grubenicherheit, Arbeiterkon-
trolle, verweigert man im Namen des bösen Profit!

Der Vorstand unseres Verbandes jandte an den Vorsitzenden
der Bergarbeiterorganisation im Nord Pas de Calais, Rame-
ruden 24. 11, ein Beileidstelegramm, welches in deutscher Ueber-
setzung lautet:

„Durch die Presse erfahren wir von dem schrecklichen Gruben-
unglück auf der Grube Clarence. Im Namen des Verbandes der
Bergarbeiter Deutschlands senden wir den Verlebten und den
Ginterlebten der Opfer den Ausdruck unseres tiefsten Beileids.“

Witt

allein eine respektable Provinz zu bevölkern. Ebenso steht es mit dem
rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Die moderne Völkerwanderung
führte diesem Paradies des Großkapitalismus im Laufe der Jahre
vielen Millionen Entbehrer zu, aus denen er sich die Arbeitskräfte für
seine Millionenbetriebe wählen konnte. Der Ruhrbergbau allein hat
366 793 zugewanderte Arbeiter aufzuweisen. Es kamen aus Ostpreußen
54 183, aus Westpreußen 16 914, aus Posen 53 948 und aus Ober-
schlesien 9852 zugezogen. Den Landjüngern jener Provinzen gefällt
die harte Abwanderung schon lange nicht. Sie täten jedoch nichts
dagegen, schimpften dafür desto mehr auf die „zunehmende Genußsucht“,
die nach ihrer Meinung die Landflucht verschulde.

Etwas anders verfahren dagegen die Industrieunternehmer, die
in neuerer Zeit nach jenen Gegenden ihre Hände ausstrecken. Nament-
lich den neu errichteten Gruben kommt es darauf an, die Abwanderung
der Arbeiter zu hemmen und neue Arbeiter vor auswärts heran-
zuführen. Um das zu erreichen, wenden die Werksbesitzer die merkwürdigsten Mittel an.

Eines der absonderlichsten Mittel ist die Ansiedelung von
Bergarbeitern. Absonderlich deshalb, weil damit das Kapital
scheinbar ganz aus seiner Hölle fällt. Während sonst der Kapitalismus
alles entsetzt, was ihm im Wege steht, gefällt er sich hier in der
Bose des Patriarchen, der die Liebe zur Scholle und den überlieferten
Eigentumsrechten pflegen will. Der Fuchs, der den Ersten
predigt! Der Weg des Kapitalismus geht über zahllose, ger-
schämte Erbsen. Tausende hat er von ihrer eigenen Heimat-
scholle vertrieben, um sich auf ihr ein gutes Lager zu bereiten. Und
jetzt will er selbst Vorsehung spielen und ein paar kleine selbständige
Erbsen schaffen?

Er tut es, aber nur zum Schein! Denn selbständig, d. h. un-
abhängig werden dadurch die angesiedelten Bergleute nicht, daß sie
ein sogenanntes Rentengut erwerben. Die Unabhängigkeit wird ihnen
lediglich vorgegaukelt, sie ist der Illusion, an dem sich viele selbstbetei-
gen. Den Gruben, welche die Ansiedelungsbestrebungen unterstützen, kommt
es lediglich auf sichere und ständige Arbeitskräfte an. Und auf billige,
nebenbei gesagt. Überall, wo man mit dem Rentengutschwindel an
die Bergarbeiter herantritt, sind sie die Dummen. So z. B. auf den
Braunkohlenwerken von Tschöpseln und Braunsdorf in der
Lausitz. Westwärts für jene trostlos öde Gegenden sind solches Zugmittel,
wie es die „Ansiedelung“ ist, die Gruben können für den geringen
Lohn seine ständigen Arbeiter behalten. So aber hat ein Teil der
dortigen Arbeiter unter Entbehrungen eine kleine Summe in ein
Rentengut gesteckt und hofft, durch weitere Sparanstrengungen einmal völliger
Besitzer der Klische zu werden. Die über dieser Hoffnung nicht sterben,
die werden nach langen Jahren wohl auch „Besitzer“. Damit sind sie
aber erst recht unfrei. Denn das bishigen Sandboden kann keine
Familie ernähren. Da muß der „glückliche Rentengutsbesitzer“ auch
fernerhin froh sein, wenn ihn die Grube weiter beschäftigt. Sie tut
es auch in ihrer „Menschenliebe“, natürlich zu einem geringen Lohn;
denn der alte Ansiedler kann ihr ja nicht fortlaufen. Der niedrige
Lohn der Ansiedler drückt natürlich auf das Lohnniveau der übrigen
Bergleute mit, und so wird der scheinbare Segen der Ansiedelung
für die Bergleute zum Fluch. Denn kann sich der Rentengutsbesitzer
nur entziehen, wenn er seine Siedelung wieder weiterverkauft. Wer
aber sollte sie kaufen? Die besitzlosen Proleten könnten sie genau so
wie er, nur auf „Abzahlung“ nehmen. Also wandert sein Verbleiben
wieder in die Hände der Gesellschaft zurück, die es nun einem weiteren
Milionisten anheimfällt. Der Ansiedler aber kann froh sein, wenn
er seine teuer verdienten Spargroschen nicht verliert — seine jahre-
lange Plage mit der Bearbeitung des Gutes darf er schon garnicht
rechnen.

Auch in der Rünaburger Grube, im Kreise Burgdorf, wird
daselbe Experiment versucht. Die neu angelegten Kalkwerke können
nicht genug Arbeiter bekommen — also wird die Ansiedelung der Berg-
arbeiter als Mittel ausgedacht. Die dortigen Rentengüter haben
eine „Grube“ von 1/2 bis 3/4 Morgen und einen Preis von 6700 bis
7500 Mark. Wenn also ein junger Bergarbeiter Courage genug hat,
„Gutsbesitzer“ zu werden — auf den Burgdorfer Kalkwerken steht es
ihm frei. Kleinigkeit — er braucht nur 20 oder 25 Jahre auf der
Kalkgrube so fleißig zu arbeiten, daß er jedes Jahr 300 Mk. sparen kann,
und schon ist es geschehen. Die guten Aussichten für die Bergarbeiter
haben jetzt sogar die „Dortmunder Zeitung“, das nationalliberale
Festblatt, zu einem Hummus auf die Ansiedelung geblasen. Es
schrieb in der Nummer vom 25. August über die Ansiedelung im
Burgdorfer Kreise:

„Diese Ansiedelung von Bergarbeitern hat sehr erfreuliche Folgen
gezeitigt. Vor allem sind die angesiedelten Bergarbeiter in einen
näheren Zusammenhang mit der anderen Bevölkerung gekommen,
indem sie mit ihr gemeinsame Interessen ertheilen. Eine An-
siedelung von industriellen Arbeitern in großem Umfange würde
auch den hier gemachten Erfahrungen zweifellos dazu beitragen,
daß die häufig recht scharfen Gegensätze zwischen industriellen und
landwirtschaftlichen Arbeitern ausgeglichen werden oder zum min-
desten an Schärfe einbüßen könnten. Dazu kommt die segensreiche
Wirkung, die die Ansiedelung für die Ansiedelten und ihre Familie
selbst in sozialer und in moralischer Hinsicht hat, durch eine größere
Vermehrung solcher Ansiedlungen könnten Verhältnisse für eine
zufriedene und an der Scholle lebende Arbeiterschaft gewonnen
werden. Die gute Wirkung ist überdies eine wechselseitige, da, nach
den Erfahrungen im Kreise Burgdorf, die dortigen Bergarbeiter-
ansiedlungen auch für die Landwirte von Nutzen gewesen sind. Es
hat sich herausgestellt, daß da, wo eine größere Anzahl industrieller
Arbeiter mit ihren Familien ansässig ist, es für die Landwirte viel
leichter ist, geeignete Kräfte für leichteere Arbeiten, so zum Beis-
piel, zur Kartoffelernte usw. zu bekommen, als in rein länd-
lichen Gemeinwesen. Es scheint demnach, als läge hier noch ein sehr
vielversprechendes Gebiet der inneren Kolonisation.“

In der Tat, „ein vielversprechendes Gebiet“! Nicht nur für das
IndustrieKapital, das in den Industrien „aufgedeckte“, an der
Scholle lebende Arbeiter“ hat, wenn auch diese Zufrieden-
heit nicht mehr freiwillig ist, sobald die Scholle an den Föhren der
Arbeit klebt. Auch die Landwirte haben ihren Gewinn von den
angesiedelten Bergleuten. Denn die Gruben zahlen einem gefesteten
Arbeiter weniger als einem freien, der ihnen jeden Tag ausrichten
kann. Da sind eben die armen Teufel von Industrien gezwungen, ihre
Weiber und Kinder auf die Kartoffel- und Mühlenselber der Groß-
bauern zu schicken, damit sie auch etwas verdienen helfen.

Was hier die „Dortmunder Zeitung“ unbewußt ausplaudert,
wußten wir zwar schon vorher. Es ist aber doch ganz nützlich, wenn
das Kapital seinen eigenen Schwindel als solchen entlarvt. Vielleicht
ist es dadurch möglich, Arbeiter vor Schaden zu bewahren.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Wucherpollit.

Die Teuerung macht den Ausbeutern der Volksbevölkerung höch-
stens die eine Sorge, daß bestehende Abwehrmaßnahmen nicht vielleicht
etwas gelockert werden. Dagegen sehen sie alle Hebel in Bewegung.
Dazu gehört der Hinweis auf die nie bestrittene Tatsache, daß auch
im Auslande die Preise steigen. Agrarische Blätter, ultra montane
Organe und offizielle Pressezeugnisse suchen den Anschein zu er-
wecken, als ob die gestiegenen Preise im Auslande unsere Grenzperre,
unsere Zölle und unser famoses Einfuhrschutzhem rechtlicheren, die
von der Sozialdemokratie geforderten Maßnahmen aber zwecklos seien.
Damit begehrt man eine solche Fresserführung. Das, worauf es
ankommt, die große Verschiedenheit der Preise in
Deutschland und im Auslande, wird unterschlagen. In
welchem Maße die agrarische Wirtschaftspolitik die deutschen Kon-
sumenten ausplündert, sei an ein paar deutlichen Beispielen gezeigt.
Nach den vom Kaiserlichen Statistischen Amt zusammengestellten
Preisen in den monatlichen Nachweisen über den aus-
wärtigen Handel Deutschlands kosteten 1000 Kilogramm
Koggen im Juli 1912:

Amsterdam (Holl.)	130,20 Mk.
Amsterdam (Petersburger)	144,12 „
Miga (Mittelware)	135,62 „
Budapest (Mittelware)	166,61 „
Paris (Mittelware)	168,10 „
Berlin (Mittelware)	189,29 „
Bremen (südrußischer)	189,75 „
Bremen (nordrußischer)	202,00 „
Frankfurt a. M. (Mittelware)	189,50 „
Köln (Mittelware)	193,50 „
Leipzig (Mittelware)	198,21 „
Magdeburg (Mittelware)	189,38 „
Mannheim (Mittelware)	194,00 „
München (Mittelware)	221,50 „

In den meisten Märkten Deutschlands geht der Inlandspreis um
den Betrag des Fohles und der Fracht über die Notierungen in Amster-
dam und Miga hinaus. Das ist der springende Punkt. Anstatt die
inländischen Notisationspreise durch geeignete Maßnahmen herabzu-
brücken, zahlt das Reich den Getreideexporteuren aus dem allgemeinen
Schedel Prämie, damit gesteigerte Ausfuhr ein Sinken der Preise
verhindert. In Ausfuhrprämien wurden gezahlt für die ersten sieben
Monate der Jahre:

1910	84 488 429 Mk.
1911	55 283 108 „
1912	71 683 741 „

In den Jahren 1910 und 1911 hatten wir gute, teilweise sehr gute
Getreideernten. Die Ausfuhr schwoll riesig an; das Volk
mußte mehr Ausfuhrprämien zahlen und der Inlandspreis sankte in
die Höhe. Was die Ausfuhr- und Liebesgabenpolitik zuwege bringt,
mag folgende kleine Aufstellung für das letzte Erntejahr 1911/12 be-
weisen. Die Ausfuhr betrug:

Hoggen	5 585 850 Doppelstr.	= 49 679 850 Mt.	Ausfuhrprämien
Weggen	5 054 230	= 81 098 044	"
Gerste	880 981	= 441 088	"
Hafer	4 419 980	= 22 099 900	"
Hoggenmehl	1 488 094	= 10 271 100	"
Weizenmehl	1 568 040	= 12 025 127	"

Insgesamt für Ausfuhrprämien nahezu 120 Millionen Mark! Das da die Verrechnungen für den eigenen Bedarf in Deutschland zurückgehen, nimmt kein Wunder. Im Vergleich mit dem Vorjahre stand der Zulieferer in diesem Jahre in Berlin um 21 Mark höher. So wirkt die agrarische Wirtschaftspolitik dem Volke zum Fluche.

Wichtige Verhältnisse gehen sich an den Viehmärkten. Nach den Preiszusammenstellungen in den Viehzeitschriften zur Statistik des Deutschen Reiches (2. Heft 1912) geben wir die folgende Übersicht. Es folgte im 1. Vierteljahr 1912 ein doppelgärtiger Schlachtgewicht zweiter Qualität:

	Ochsen	Rühe
Berlin	154,8 Mt.	140,1 Mt.
Köln	181,5	158,5
Frankfurt	186,8	155,7
Mannheim	170,2	150,5
Köln	187,2	150,5
Köln	187,2	150,5

Die Preise gehen ebenfalls sehr weit auseinander, die in Deutschland gezahlten sowohl über die Auslandsnotierungen hinaus, als es keiner weiteren Auseinandersetzung über die volkswirtschaftliche Wirkung unserer Grenzpolitik und Zollpolitik mehr bedarf. Um das Bild noch zu vervollständigen, sei aber auch noch der Unterschied in den Preisen für Schweine an einem Beispiel gezeigt. Es folgte Schweinefleisch zweiter Qualität, 1 Doppelgärtiger Schlachtgewicht: Berlin 110 Mark. Kopenhagen 91,8 Mark.

Alle Gegenüberstellungen zeigen einwandfrei die ungeheuerliche Belastung, die der Lebensmittelhändler den deutschen Konsumenten auferlegt. Und die Regierung wird untätig bleiben, wenn nicht ein gewaltiger Volkssturm sie zwingt, notwendige Maßnahmen zu ergreifen.

Das Rindvieh in Westfalen.

Der Rinderbestand (hierbei sind selbstverständlich nur die Viehhalter gezählt. V. Weh.) in Westfalen ist in gefährlichem Rückgang begriffen. Es gab Rindvieh in Westfalen:

	absolut	auf 1000 Einwohner
1873	508 000	307
1908	728 199	184
1909	702 270	178
1910	694 078	170

Wir haben also jetzt im Verhältnis zur Einwohnerzahl nur noch wenig mehr als die Hälfte des Rindviehbestandes, den wir 1873 hatten, obwohl heute bei der Zunahme der Industrie und allgemeinen und der Zunahme der Intensität der Arbeit (der Schieferer, im guten Arbeiterdeutsch) das Bedürfnis nach Fleischzunahme wesentlich gestiegen ist. Wohl hat sich die Zahl der Schweine vermehrt, jedoch Schweinefleisch ist als Nahrungsmittel nicht so wertvoll wie Rindfleisch. Wir bedürfen unter diesen Umständen unbedingt der Fleischzufuhr, denn das ist Schutzölle und sonstigen Schutzmaßnahmen nicht imstande sind, die einheimische Viehproduktion auf die erforderliche Höhe zu heben, das zeigt doch nun die Erfahrung mehrerer Jahrzehnte so deutlich wie möglich. Wenn sich immer mehr Menschen von der Landwirtschaft ab- und der Industrie zuwenden, dann können Schutzmaßnahmen die landwirtschaftliche Produktion nicht künstlich erhöhen.

Die Grenzen auf:

Der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. hat erneut eine Eingabe an die Regierung gerichtet, in der um Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Schlachtwild und Fleisch ersucht wird. Die Begründung hierfür ist so treffend, daß wir sie hier auszugsweise wiedergeben. Es heißt in dem Schreiben:

„In unserer letzten Eingabe vom 19. September v. J. hatten wir der Befürchtung Ausdruck gegeben, infolge der Dürre und Seuchen werde eine derartige Knappheit an Schlachtwild eintreten, daß die Vieh- und demgemäß auch die Fleischpreise trotz ihrer ohnehin schon außerordentlichen Höhe eine weitere Steigerung erfahren müßten.“

Diese Befürchtungen sind leider in vollem Umfange eingetroffen. Die Preise sämtlicher Viehgattungen haben inzwischen eine nie dagewesene Höhe erreicht, und demgemäß sind auch die Fleischpreise gestiegen.

Auf dem hiesigen Markt betrug der Preis für das Pfund Schlachtwild:

Im Durchschnitt der Monate	Schweine	Ochsen	Kälber und Rinder
Mai und Juni			
1911	80,8 Pf.	89,2 Pf.	81,8 Pf.
1912	75,7	93,8	87,8

Die zwei ersten Märkte im August 1912

55,2	99,7	89,4
------	------	------

Nach Veröffentlichungen der hiesigen Fleischinspektion betragen die Lebensmittelpreise für das Pfund Fleisch mit Beilage:

	Schweinefleisch	Ochsenfleisch	Rindfleisch
am 1. Juli 1911	80 Pf.	85 Pf.	85 Pf.
am 1. Juli 1912	80	100	90
ab 8. August 1912	95	100	90

Nach der gegenwärtigen Marktlage muß mit einer weiteren Steigerung der Fleischpreise gerechnet werden.

War die Erzeugung der Bevölkerung, wie wir in unserer letzten Eingabe hervorheben mußten, seither schon eine überaus große, so wird nach der erneut eingetretenen Verschärfung der Verhältnisse bei aller Rücksicht auf die Landwirtschaft nicht mehr verstanden werden, weshalb den nicht minder berechtigten Interessen der nicht landwirtschaftlich treibenden Bevölkerung jedes Entgegenkommen verweigert bleibt. Mit weiten Kreisen der Bevölkerung sind wir der Ansicht, daß, ohne Schädigung der Landwirtschaft, den Verhältnissen in der Viehzucht entgegengetreten werden könnte, wie dies vom Deutschen Städtetag in einer Eingabe an den Herrn Reichskanzler vom 19. September 1911, sowie in unseren wiederholten Eingaben an Ew. Excellenz, namentlich in denen vom 2. September und 23. November 1910 und vom 19. September v. J. vorgebracht worden ist. Wiederholt müssen wir für besonders dringend erklären, daß, wenigstens so lange, bis der Mangel an einheimischem Schlachtwild überwunden ist,

die Grenzen für lebendes Schlachtwild geöffnet werden, selbstverständlich unter Wahrung des notwendigen Schutzes für den einheimischen Viehbestand, daß ferner die Erschwerungen für die Einfuhr von frischem Fleisch, besonders durch Aenderungen des § 12 des Reichslebensmittelgesetzes vom 3. Juni 1900, beseitigt und die Einfuhr von gesteuertem Fleisch ermöglicht wird, daß endlich die Zölle auf Vieh und Fleisch ermäßigt oder vorübergehend aufgehoben werden.

Nach alledem gestatten wir uns, in völliger Übereinstimmung mit der hiesigen Handelskammer, bei Ew. Excellenz erneut vorzulegen zu werden, dem aus schwerer empfundener Notlage in der Fleischversorgung der Bevölkerung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuhelfen.

Interessanter ist diese Eingabe vom Oberbürgermeister Abt. Es. Es ist besonders bemerkenswert, daß gerade dieses Mitglied des Herrenhauses, das sich ein warmes Herz für die Agrarier hat, so treffende Worte gegen die Landwirtschaft und gegen die Regierung findet. Es kann in der Tat nicht verstanden werden, weshalb dem nicht minder berechtigten Interesse der nicht landwirtschaftlich treibenden Bevölkerung jedes Entgegenkommen verweigert bleibt. Wenn dies schon von solcher Seite gesagt wird, dann muß die Not schon groß sein! Und kein Auf von Seiten der Behörden kann stark und laut genug sein, um der Regierung zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Die Grenzen auf!

Rassenprotest gegen die Fleischsteuerung.

In fast allen Großstädten Deutschlands haben am 1. und 2. September Massenversammlungen stattgefunden, so in Berlin allein 70, in Breslau 10, München 10, Frankfurt 8, Leipzig 8, in denen folgende Resolution angenommen wurde:

„Die Versammlung konstatiert, daß der Kapitalismus zu einer Verwertung aller notwendigen Lebensmittel geführt hat. Sie erkennt das als Unannehmlichkeit, die stetig wachsenden Produktivkräfte in den Händen der Kapitalisten der Gesellschaft zu stellen und zugleich den Massen der Bevölkerung für die Notwendigkeit sozialistischer Regierungen zu machen. Sie konstatiert ferner, daß die Verwertung durch die Kapitalisten...

wirtschaftlich und die Absperrung der Grenzen für Deutschland über jedes erträgliche Maß hinaus verschärft worden ist. Deshalb fordert die Versammlung zur Verringerung der Not die Abschaffung der Lebens- und Futtermittelzölle, die Befreiung der auf den Verbrauchsartikeln der breiten Masse ruhenden indirekten Steuern, die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch. Zur Durchführung der unerlässlich gewordenen Aenderung der Wirtschaftspolitik wird die Regierung aufgefordert, sofort den Reichstag einzuberufen. Sie fordert ferner die kommunalen Verwaltungen auf, unverzüglich Maßnahmen zur besseren Versorgung des Lebensmittelmarktes zu treffen.“

Die Schlachtkörper und die agrarischen Schinder.

Obwohl die westfälischen Schlachtkörper in punkto Schutzölle und Ausbeutungspolitik mit den ostfälischen Schlachtkörpern ständig an einem Strang gezogen, die Schlachtkörper politisch vollständig auf demselben Boden stehen, wie die ostfälischen Schlachtkörper, so haben doch die Interessen der Schlachtkörper in den beiden Ländern sehr verschieden. In Westfalen die Schlachtkörper die Schlachtkörper, Mail- und Eisenpreise, toben die Schlachtkörper einige Zeit über „nationale Ausbeutung“, erheben sogar den Ruf nach „Verstaatlichung des Viehbaues“, widersehen sich aber, sobald die Sache ernst werden soll, im Land- und Viehwirtschaft dieser Notwendigkeit auf. Ebenso schreien und schimpfen die Schlachtkörper, wenn die Lebensmittelpreise eine unerträgliche Höhe annehmen, weil sie befürchten, „ihre“ Arbeiter stellen Lohnforderungen, denen sie unter einer Feuerungsbeschränkung immerhin einigermassen Rechnung tragen müssen, und dadurch an den Dividenden einküßeln. So ist es momentan die Fleischnot, die den Schlachtkörpern einige Befürchtungen einflößt, weil sie sehr wohl wissen, daß ohne ernsthafte Maßnahmen an ein Einlenken dieser exorbitanten Preise nicht zu denken ist, die Arbeiter aber dann mit ihren Löhnen nicht auskommen und so fordern sie von der Regierung: Öffnung der Grenzen. Die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“ vom 1. September liest der Regierung also den Text:

„Jedes Jahr leiden wir in Deutschland einige Monate lang unter einer enormen Fleischknappheit, und das Schlimmste ist, daß die Preise, wenn schließlich der Markt stärker und mit billigerem Vieh beschickt wird, zwar um ein Geringes fallen, aber bei weitem nicht auf die Stufe der Beginn der Knappheit zurückfallen und daß in der Zwischenzeit die Fleischknappheit von Jahr zu Jahr teurer wird. Die Regierung befaßt sich trotz der bitteren Erfahrungen, die sie bei den letzten Reichstagswahlen gerade infolge der anhaltenden Verknappung der Lebenshaltung gemacht hat, auf einige Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und wenn es hoch kommt, auf eine kasse und abnehmende Rede des Landwirtschaftsministers im Reichstag. Daß diese nun nachgerade auch langweilig werdende Haltung der Regierung nicht länger beibehalten werden kann, mag sie daraus erfahren, daß es nicht etwa nur die stark angeschwollenen Massen der Sozialdemokratie sind, die über diese schlappe und hilflose Haltung der Regierung gegenüber einer das Volkswohl tief berührenden Frage unwillig sind, sondern daß auch weite Kreise der bürgerlichen und nationalen denkende Kreise sich gegen diese ärgere Unfähigkeit und Gleichgültigkeit auflehnen. Es geht so auf die Dauer nicht weiter. Selbst aus den Kreisen, die früher nicht gewillt waren, wird jetzt die Mahnung erhoben, die Regierung müsse die Grenzen weit öffnen, wenigstens für geschlachtetes, insbesondere für gefrorenes Fleisch aus Australien und Südamerika. Dieser Forderung gegenüber kann das beliebige Argument gegen die Einfuhr von lebendem Vieh, daß dadurch der Viehbestand des deutschen Bauern vermindert werde, nicht geltend gemacht werden, denn ein gefrorenes Kammerbierlein kann dem deutschen Rindvieh unmöglich die Maul- und Klauenseuche übertragen. Die Erfahrung in England hat aber gezeigt, daß durch die sorgsam organisierte und gepflegte Einfuhr von australischem Fleisch weiten Volkskreisen ein billiges, zugutes und gesundes Nahrungsmittel beschafft werden kann. Gegen diese beschriebene Forderung zur Zeit der Fleischnot kann die Regierung unter keinen Umständen irgendein stichhaltiges Argument geltend machen und wenn sie auch diese Forderung ablehnt, so kann sie sich gegen den von extremer Seite erhobenen Vorwurf, ihre Politik sei nur darauf gerichtet, den Agrariern die hohen Viehpreise unter allen Umständen zu garantieren, nicht verteidigen. Selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat zugegeben, daß eine Fleischsteuerung vorhanden ist. Der von ihr gegebene Trost, es handle sich um eine vorübergehende Fleischknappheit, kann nicht mehr ernst genommen werden, da er schon so oft gegeben worden ist und sich niemals bewahrheitet hat. Wenn das offiziöse Blatt jetzt von neuem mit dieser windigen Ausflucht kommt, so darf es sich nicht darüber wundern, daß ihm mit Eifer begegnet wird. Im Ganzen kommt ja diese regierungsseitige Begründung darauf hinaus, das deutsche Volk werde sich an diese ewig wiederkehrende Fleischknappheit „gewöhnen“. Dieses Argument ist aber um nichts humaner, als die Anschauung der Leute, die dem Vieh die Haut bei lebendigem Leibe abziehen und die jedem Einwand gegen diese Grausamkeit mit der Ausrufebegegnung, die Male seien das gewohnt. Natürlich sind nicht die Male an diese Grausamkeit gewöhnt, sondern ihre Schinder.“

So richtig es auch ist, daß sich das darbenende Volk ebenso wenig das Essen ganz abgewöhnen, als der Vieh sich das Lebendig-gehindeln-werden angewöhnen kann, ebenso wenig Verlaß ist jedoch auf die Schlachtkörper, wenn es gilt, den Worten auch die Taten folgen zu lassen. Das Organ der Grubenbarone steht offen, daß es seine Forderung nur mit Mühe auf zu befürchtende Lohnforderungen erhebt und nur deshalb erwartet es von der Regierung, daß etwas mehr zu tun, als den Rat zu erteilen, sich doch an die Fleischsteuerung zu gewöhnen. Diese Behauptung-Hollwegsche Regierungsmethode steht so ziemlich auf derselben Höhe, wie der „weiße Rat“ der französischen Königin Maria Antoinette, die 1793 dem hungernden Pariser Volk den Rat erteilte: „Wenn das Volk kein Brot hat, soll es doch Kuchen essen!“ Ebenso könnte Bethmann-Hollweg sagen: „Wenn das Volk kein Fleisch hat, soll es doch Schinken essen!“ Eine solche Verhöhnung des werktätigen Volkes erzeugt Mißtrauen und offene Empörung; schon deshalb müßten die Schlachtkörper ein klügeres Vorgehen. Sonst natürlich sind sich die westfälischen Schlachtkörper und die ostfälischen Schlachtkörper sehr einig, nur:

Wamier' mich nicht, mein schönes Kind,
Und grüß' mich nicht unter den Völkern,
Wenn wir hernach zu Hause sind,
Wird sich schon alles finden!

Zur Reform der Berginspektion.

Neue Vorschriften zur Verhinderung von Explosionen.

Dem Korrespondenzblatt „Der Berg“ wird aus Bochum geschrieben: „Die jüngsten Explosionen auf den Felsen, Hagen und Neusohl, die in allen Fällen durch Sprengstoffe verursacht wurden, werden wieder neue Sicherheitsvorschriften im Gefolge haben. Das für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier in erster Linie in Betracht kommende Oberbergamt in Dortmund ist bereits mit den Bergarbeitern für eine Bergpolizeiverordnung beschäftigt, die in erster Linie die Schieferarbeit in Gesteinbetrieben behandeln wird. Vor allem soll die Benutzung von Dynamit noch weiter eingeschränkt und dieses durch Sicherheitsvorschriften ersetzt werden. Das ist in den meisten Fällen, namentlich bei Arbeiten in weichen Kohlschiefer sowie auch in mildem Sandstein ohne wesentliche Beeinträchtigung der Leistung durchzuführen, bei solchen Arbeiten, in denen, wie z. B. in festem Sandstein, Sicherheitsvorschriften ihrer geringen Kraftwirkung wegen nicht anwendbar sind, soll das Sprengen mit Dynamit zwar gestattet werden, aber nur unter der Bedingung, daß das Sprengen, Sprengen und Wegum der Sprengstoffe durch von der Behörde anerkannte Beamte, Steiger oder Fahrhauer, erfolgt. Gleichzeitig soll die Benutzung der sogenannten Zeitzündung entweder vollständig verboten oder doch wesentlich eingeschränkt werden. Diese Zündung wird derzeit eingerichtet, daß sich beim Ansetzen mehrerer Schüsse die Reihenfolge, in der sie abgebrannt sollen, im voraus bestimmen läßt, so daß also die Schüsse nicht gleichzeitig, sondern in der vorgesehenen Reihenfolge zur Explosion gelangen. Gerade die einander folgenden Sprengschüsse sind aber außerordentlich gefährlich. Werden nämlich dabei durch einen der ersten Schüsse Schlagwetter angelöst oder seiner Kohlenstaub gebildet oder aufgewirbelt, so können diese durch einen der unmittelbar nachfolgenden Schüsse leicht entzündet und zur Explosion gebracht werden. Der Wegfall aller Zeitzündung würde somit eine sehr wesentliche Gefahrentfernung darstellen und zwar ohne eine wirkliche Beeinträchtigung oder Verringerung des Betriebes im Gefolge zu haben. Die Benutzung der Zeitzündung macht die Ergebnisse der Sprengarbeit nicht selten sehr unsicher, während sie die Gefahr von Schlagwetter und Kohlenstaubexplosionen ganz wesentlich erhöht. Um eine Inanspruchnahme von Schlagwetter in Aufschlägen unmöglich zu machen, sollen diese in Zukunft...

stets vorgebohrt werden, das heißt, es sollen vor Beginn der eigentlichen Aufschlagsarbeiten ihre Anfangs- und Endpunkte durch ein Bohrloch verbunden werden, das die etwa vor dem Aufschlag auftretenden Schlagwetter nach oben hin abführt. Ebenso soll dies die durchbohrten Flöze entgasen, um ihre Durchbohrung minder gefährlich zu gestalten. Auch dem Querschlagbetrieb sollen künftig Bohrdrüsen vorgegeben, um über die zu erwartenden Gesteinsrisiken mindestens etwas im voraus zu erfahren, als die Wirkung der nächsten Sprengschüsse zeigt. Dadurch sollen ein unermessliches Bösen von Flößen abgewendet und mit Schlagwetter gefüllten Gesteinsrisiken und dadurch bedingte Gefahren verhindert werden.“

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Ueber die oberschlesische Montanindustrie

berichtet die Weltspitze: Im ersten Halbjahre 1912 hat die oberschlesische Montanindustrie eine weitere erfreuliche Entwicklung genommen. Sowohl Erzeugungszahlen als auch die Ziffern des Geldwertes zeigen gegenüber der gleichen Vorjahreszeit ein Wachstum. Nach den Ermittlungen des oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins förderten die Steinkohlengruben 19 007 070 (im Vorjahr 17 692 088) Tonnen im Werte von 165 535 415 (146 740 259) Mt., die Eisenerzgruben 77 484 (84 235) T. im Werte von 401 308 (371 902) Mt. und die Kint- und Vierzehnergruben 208 550 (268 570) T. im Werte von 20 467 271 (10 407 408) Mt. An Holz und Eisen wurden 1 008 453 (893 272) T. hergestellt im Werte von 17 795 902 (11 840 024) Mt. und an Zement 183 339 (168 309) T. im Werte von 2 074 980 (1 801 149) Mt. In den Hütten wurden 513 092 (475 707) T. Roheisen erzeugt im Werte von 38 485 023 (29 482 083) Mt. Das Verhältnis zwischen der oberschlesischen Eisenerzproduktion und dem Eisenverbrauch lassen diese Zahlen deutlich erkennen und die tarifarischen Erleichterungen der Eisen- und Stahlindustrie seitens der Staatseisenbahnen als dringend notwendig erscheinen. Die Eisen- und Stahlindustrie stellten 52 878 (44 838) T. im Werte von 8 791 045 (7 427 006) Mt. her. Die Holz- und Schiefererzeugung betrug 580 806 (528 841) T. im Werte von 71 578 289 (66 019 144) Mt., diejenige der Zink- und Kupfererzgruben 121 800 (103 286) T. im Werte von 1 708 545 (1 471 755) Mt., der Zink- und Kupfererzgruben 88 509 (80 303) T. im Werte von 42 800 615 (35 038 747) Mt. Einen Rückgang verzeichnen allein die Zink- und Kupfererzgruben mit einer Erzeugung von 13 763 035 (16 780 000) Mt. und Silbererzgruben hatten eine Erzeugung von 22 750 (22 003) T. im Werte von 7 112 901 (6 201 510) Mt.

Stahlerzeugung Österreichs.

(Gesamterzeugung in Meterzentnern)

	Stahlfabrik	Werk	Ruß
Stahlfabrik im Juli 1912	18 887 064	128 276	2 011 274
Stahlfabrik im Juli 1911	12 105 589	115 710	1 742 420
Januar bis Ende Juli 1912	89 088 878	683 690	18 100 887
Januar bis Ende Juli 1911	82 788 391	617 882	12 004 710

b) Braunkohlen.

Braunkohle im Juli 1912	22 529 142	100 885	—
Braunkohle im Juli 1911	10 703 521	158 430	—
Januar bis Ende Juli 1912	140 099 770	1 182 105	—
Januar bis Ende Juli 1911	145 780 840	1 558 717	—

Also auch in Österreich ist die Förderung trotz eines mehrwöchigen Streiks erheblich gestiegen. Die Konjunktur ist eine sehr günstige. Während jedoch die deutschen Bergarbeiter leer ausgehen und damit dem „Gefährlichen“ Streikbruch nichts von der glänzenden Konjunktur mitbekommen, haben sich die österreichischen Bergarbeiter dieses Frühjahr eine allgemeine Lohnerhöhung erkämpft.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Fort mit dem Koalitionsrecht der Staatsarbeiter.

Der Eisenbahnpräsident in Essen hatte kürzlich einem Bauassistenten, der Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten ist, gefordert, weil er aus dem Bund nicht ausscheiden wollte, zu dem Kündigungsschreiben hier es wörtlich:

„Sie selbst haben seinerzeit bei einer dienstlichen Vernehmung erklärt, es sei zureichend, daß der Bund gewerkschaftlich organisiert sei, daß er auch nicht durch juristische Weite, Forderungen durch Arbeitsniederlegungen zu erkrämpfen, allerdings unter Wahrung vertraglicher Kündigungsbestimmungen; die letztere Einschränkung finde sich in den Statuten allerdings nicht ausgesprochen. Grundsätze dieser Art stehen im Widerspruch mit den Interessen der Staatseisenbahnverwaltung und den übernommenen Pflichten und deren Befolgung kann deshalb nicht gebildet werden.“

Auf eine Eingabe des Bundes der technisch-industriellen Beamten an den Eisenbahnminister v. Breitenbach ist jetzt von letzterem folgende Antwort eingegangen:

„Dem Bauassistenten in Essen (Ruhr) muß es überlassen bleiben, seine dienstliche Angelegenheit auf dem vorgeschriebenen Wege selbst wahrzunehmen. Ich bemerke hierbei, daß den Eisenbahnbeamten und Arbeitern nicht gestattet werden kann, einem Bund anzugehören, dessen Satzungen sie unter gewissen Voraussetzungen zu gemeinsamer Arbeitsleistung verpflichten. Ich habe Urlaub genommen, die königliche Eisenbahndirektion darauf aufmerksam zu machen, daß die Satzungen des Bundes der technisch-industriellen Beamten den Mitgliedern des Bundes eine solche Verpflichtung auferlegen und daß sich diese Verpflichtung auch auf die dem Bund angehörenden Eisenbahnbediensteten erstreckt.“

Wenn der Eisenbahnminister konsequent sein will, muß er den Angehörigen des Bundes die Kündigungserklärung überhaupt nehmen, denn anders wird er gar nicht verhindern können, daß gegebenenfalls einmal mehrere Angestellte gleichzeitig kündigen und so gemeinsam die Arbeit einstellen. Der Minister weist in seinem Schreiben ausdrücklich darauf hin, daß die Eisenbahnbeamten und -arbeiter keiner Organisation angehören dürfen, die durch gemeinsame Arbeitsleistung verpflichtet, ihre Verhältnisse zu verbessern, und daß sollen nicht als 20 000 dieser Eisenbahnarbeiter den M.-Glabbacher „Arbeitslosen“ Gemeinshaft angehören, ohne deshalb entlassen zu werden. Im Gegenteil, derselbe Minister Breitenbach, der einem Ingenieur kündigen läßt, weil er dem Bund der technisch-industriellen Beamten angehört, empfing vor etwa zwei Jahren eine Deputation des M.-Glabbacher Eisenbahnhändler- und Arbeiterverbandes, der er den Segen erteilte und dem Verbande Geld wünschelte. „Guch kenne ich, euch liebe ich, euch wünsche ich die besten Erfolge“, sagte der Eisenbahnminister, und daraus allein ermeße man den Wert der M.-Glabbacher Gewerkschaften: Streikbrüderverbände!

Polnische Buchdrucker gegen die polnischen Arbeiterzeitschriften.

Nachdem schon ein polnischer Schriftsteller den Herrn Josef Re. guiski wegen seiner Aufforderung, die polnischen Schriftsteller und Buchdrucker möchten aus dem Deutschen Buchdruckerverbande austreten und sich der Polnischen Berufsvereinigung anschließen, im „Wiarus Polski“ abgefragt hat, geht ein anderer polnischer Schriftsteller im „Korrespondent“ vom 31. August dem Zeitschriftenversuche gründlich zu Leibe und sagt am Schluß seines Artikels:

„Die Vereinigung der polnischen Buchdrucker zählt ganze 145 Mitglieder, unter denen sich noch verschiedene befinden, die überhaupt keinen Beitrag zahlen. Im Jahre 1910 betrug ihre Einnahme 7016,07 Mt., das Vermögen 22 053,58 Mt. Das nennt die „Sila“ eine „außerordentliche Summe“. Wie kommt dieses Blätchen eigentlich dazu, den polnischen Buchdruckern so ein Vereinigen als Organisation zu empfehlen? Oder will es nur über seine eigene Einfalt spotteln? Es scheint aber, als ob die polnischen Drucker unsere Verbandsmitglieder systematisch hinauszuwerfen wollen, denn z. B. im „Wiarus Polski“ in Bochum und im „Narodowiec“ in Herne sind die Kautzwerke schon an der Arbeit. Permanent herrschen da Zustände, die sich mit tariflichen Grundfragen nicht vertragen. So wird es vielleicht auch in anderen polnischen Druckerereien sein.“

Es ist aber gewöhnliche Aufsehnerei, wenn behauptet wird, die Vereinigung zahle bei niedrigerem Beiträge höhere Unterstellungen als der Verband. Diese Behauptung ist gar nicht wert, nachgeprüft zu werden, denn wo kein Geld ist, hat auch der Kaiser sein Recht verloren. Es sind genug Fälle bekannt, wo Mitglieder der Vereinigung vergeblich auf die ihnen zukommende Unterbringung warteten. Die polnischen Buchdrucker werden darum mindestens so viel Intelligenz besitzen, um zu begreifen, daß ihnen nur die Verbandszugehörigkeit von Nutzen sein kann.

Eine ganz gemeine Unterstellung ist die Behauptung, in den Druckerereien würden Manuskripte entwendet und Unberufenen ausgeliefert. Wie verstand angeblich wird, sollen solchen Vertrauens-

Wer andern eine Grube gräbt . . .

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Das erfuhr kürzlich auf Prosper III der „christliche“ Agitator, Knappschützlesteine und Sicherheitsmann Josef Clewer. Vor einiger Zeit hatte er sich gerühmt, daß er ein Sicherheitsmann sei, der in die Welt paßt und genau nach den erlassenen Vorschriften sein Amt ausübe. Darum habe er auch dem Steiger Weibung gemacht, daß verschiedene Arbeiter verbotswidrig den Stapel besahen. Ein paar Tage später, am Ende der Morgensicht, vernahm einige Kumpel aus dem Stapel folgende Ausrufe: „Bei näherem Zusehen entgehen sie den Sichern

Heilmann Josef Clever. Er hatte den Stapel hinauf fahren wollen, der Rest hatte sich aber festgeklammert und Josef konnte nicht hinaufkommen. Es blieb nichts weiter übrig, der ordnungsliebende Herr mußte die Verladung losmachen, damit er in den Bahnhofsgeleisen stehen konnte. Dann Josef hatte Kraft seines Amtes jedem mit Meldung geboten, daß er beim Fahren im Stapel erwischen würde. Die Kameraden konnten ihm also nicht aus seiner Klemme helfen, da sie sonst das Risiko auf sich genommen hätten, von dem korrekten Sicherheitsmann zur Verhaftung gemeldet zu werden. Über gelacht haben die Kumpels doch, daß es gerade Josef Clever sein mußte, der sich bei der unerlaubten Verladung des Stapels festklammerte. Gut für ihn, daß sein Welterer so glimpflich abließ. Vielleicht lernt er daraus, daß man den Mund nicht gar so voll nehmen soll; denn vor Reden ist niemand sicher.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Sicherheitsmännerwahl im Nachener Revier.

Das Interesse der Bergarbeiter an der Einrichtung der Sicherheitsmänner ist nur gering. Die Kameraden haben sich im Laufe der zwei Jahre, seitdem diese eingeführt sind, leider überzeugen müssen, daß ihnen mit einer solchen Grubenkontrolle nicht geholfen ist. Eine nützbringende Kontrolle der Grubenbetriebe kann nur von Leuten ausgeübt werden, die unabhängig von der Verwaltung und ohne Rücksicht auf sie tätig sein können. Grundsätzliche Erfahrungen haben den Bergarbeitern gezeigt, daß dies den Sicherheitsmännern unmöglich gemacht wird. Das ist — neben dem stark eingegrenzten und ungerechten Wahlrecht — der Hauptgrund, warum die Beteiligung an den Wahlen so gering ist. Sie wäre jedenfalls noch geringer, wenn die Sicherheitsmänner nicht die Arbeiterausschüsse zu wählen hätten. Wenn auch deren Befugnisse sehr eingeschränkt sind, so haben sie doch mitunter Gelegenheit — wie bei der Verwendung der Strafgelehrten — die Rechte der Belegschaft zu schützen. Was schon bei den Grubenwahlen im Ruhrrevier nach dem Streik zu bemerken war, das trat auch im Nachener Revier in Erscheinung, als hier im August die Wahlen der Sicherheitsmänner stattfanden. Ein großer Teil der Bergarbeiter blieb der Wahl fern, obwohl die Organisationen eine lebhafteste Agitation für die Beteiligung entfaltet hatten. Unser Verband hatte nicht überall Kandidaten aufgestellt, hat aber allgemein gut abgeschnitten. Am besten war das Wahlergebnis auf Jede 8. Stimmzettelreserve; hier erhielt er von 8 Mandaten 7. Das Stimmenverhältnis war: Verband 280, Streikbrüchigerverein 40, Jede und gesplitterte 48. Auf Jede 8. Stimmzettelreserve besaß der Verband sein Mandat mit 52 gegen 23 gegnerische Stimmen. Auf den Wähler Gruben Anna und Wilhelm schaffte es, eroberte der Verband zwei neue Mandate. Auf Maria I und Maria II hatten die Streikbrüchigen der Jede das Feld überlassen; hier wurden 6 Verbandskandidaten gewählt. Auf Jede 8. Stimmzettelreserve ging dem Verband ein Mandat dadurch verloren, daß ein Sicherheitsmann die Arbeit gewechselt hatte, für den kein passender Ersatzmann gefunden wurde. In der Abteilung Süd erhielt der Verbandskandidat 81 Stimmen, genau wie der Schwärze. Bei der Entscheidung durch das Los, siegte letzterer. Als Ersatz für diesen Verlust wurde auf Jede 8. Stimmzettelreserve der Kandidat des Verbandes gewählt. Der Abschluß der Wahlen erfolgte am 29. August auf Jede 8. Stimmzettelreserve. Hier waren 8 Sicherheitsmänner zu wählen. Bei der letzten Wahl eroberte der „Christliche“ Streikbrüchigerverein sämtliche Mandate. Diesmal kam es anders — er erhielt nur 8 und mußte 6 an den Verband abtreten! Wir erhielten 141, die „Christlichen“ 118 Stimmen. Die Propaganda der „Christlichen“ Bräutlinge, der Verband wurde aus dem Nachener Revier halb verschwinden und ihnen das Feld überlassen, hat sich also gerade umgekehrt bewahrt: Wir sind auf dem Vormarsch und die „Christlichen“ ziehen aus wie Schafe. Das zeigt recht deutlich das Gesamtergebnis der diesjährigen Wahl. Der Verband hat seine Sicherheitsmänner vermehrt von 11 auf 20. In den 57 Wählerabteilungen, bei der Verband mit Kandidaten besetzte, war das Ergebnis folgendes: Es erhielten

	Stimmen	Mandate
Verband der Bergarbeiter	978	20
„Christlicher“ Gewerbeverein	701	20
Die Belegschaftskandidaten	525	17

Die Grubenverwaltungen haben auch bei dieser Wahl wieder ihrem Gange zu beeinflussen der Wähler nachgegeben und auch sonst unzulässige Handlungen begangen. So auf Jede 8. Stimmzettelreserve wurde in einer Abteilung ein Verhandler mit großer Mehrheit gewählt. Im Anschlag wurde seine erfolgte Wahl auch bekannt gegeben. Nachträglich hat die Verwaltung aber den Namen des Gewählten ersetzt durch den Namen eines Anderen, der bei der Wahl nur eine Stimme erhalten hatte! Sie glaubt sich zu dieser „Korrektur“ des Wahlergebnisses berechtigt, weil sie den Verbandskandidaten am Tage vor der Wahl in eine andere Abteilung verlegt hatte. Die Kameraden sind mit Recht über einen solchen Willkürakt der Verwaltung entrüstet. Sie haben den Mann ihres Vertrauens gewählt und sollen jetzt einen anderen anerkennen, der nur eine Stimme bekam! Einen schlimmeren Hohn konnte die Verwaltung der Belegschaft nicht antun! Die Arbeiter können ihr eine solche Behandlung am besten dadurch heimzahlen, daß sie alle dem Verbandsergebnisse beitreten. Diese Wahl ist also vorüber; sie hat dem Verbande gute Erfolge gebracht. Nun gilt es für unsere Kameraden, zu rufen für die bevorstehende Kampagne! Die Wahl ist für uns von viel größerer Wichtigkeit, als die Wahl der Sicherheitsmänner. Gegenwärtig hat der Streikbrüchigerverein alle Arbeitervertreterposten mit seinen Anhängern besetzt, so daß wir nicht erfahren, was im Knappschaftsverbanden beraten und beschloßen wird. Um so mehr müssen wir auf dem Posten sein, damit wir bei der nächsten Wahl diesen Herbst von den „Christlichen“ nicht überumpelt werden können. Darum, Kameraden, trefft schon jetzt die nötigen Vorbereitungen für die Wahl, haltet Umschau nach geeigneten Kandidaten und arbeitet so, daß uns die Gegner zu jeder Stunde gewappnet finden.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Ein sieggedrönter Beamter der Polnischen Berufsvereinigung.

Auf der Grube Wismar (in der Lausitz) legten am 9. August circa 100 Arbeiter infolge Differenzen plötzlich die Arbeit nieder. Nachdem durch ein mehrfaches Verlangen eines Arbeiterausschusses mitgliedes keine Einigung erzielt wurde, wandten sich einige Streikende an die Bezirksleitung unseres Verbandes. Dieses geschah erst, als leider der Karren schon im Dreck lag. Trotzdem nur einige der in Frage kommenden Arbeiter im Verbandesverbande organisiert waren, empfahl Kamerad Götze den Kommissionsmitgliedern, eine Versammlung einzuberufen, in der dann weiter Stellung genommen werden sollte. Zu dieser war nun auch ein Herr Wojarski erschienen, der sich als Beamter der Polnischen Berufsvereinigung ausgab. Der „Warius Polski“, das Bochumer Polnischblatt, brachte nun in seiner Nr. 191 in einem wohl aus der Feder des Herrn W. stammenden Artikel unter der Überschrift: „Ein Beamter des sozialistischen Verbandes als Vertreter der Polizei“ die haarsträubendsten Unwahrheiten über jene Versammlung. Er behauptet, unser Bezirksleiter Götze habe ihn aus Falschheit nicht polnisch reden lassen. Dafür habe er aber Götze „gebührend geachtet“ und auch die Versammlung habe ihm ganz empört eine Lehre gegeben.

Wie hat sich nun die Sache ausgegangen? Als der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, gab er dem Kameraden Götze das Wort, während Herr Wojarski, der schon längere Zeit anwesend war und bei dem Vorsitzenden am Tisch saß, daselbst nicht haben wollte. G. gedachte zuerst der verunglückten Kameraden auf der Grube Lothringen. Die Ursachen solcher Massenunfälle besprechend, zeigte er, daß der Tod nicht halt machte vor einer bestimmten Organisationsgruppe, sondern in solchen Fällen alles mitmache, ganz gleich, welcher Organisation oder politischen Gesinnung die Arbeiter angehörten. Sollten solche Massenunfälle aufhören, dann sei es notwendig, daß die künstliche Versplitterung der Arbeiter eingestrichelt würde. Alle Arbeiter hätten ein gemeinsames Interesse, und sei der Zusammenhalt aller Arbeiter dringend notwendig. Zur Sache führte dann G. aus, daß, nachdem die Kameraden auf Wismar in einen wilden Streik eingetreten seien, sie erst jetzt das Bedürfnis fühlen, die Organisationsleitung davon in Kenntnis zu setzen. Er forderte die Leute zunächst auf, ihre Gründe darzulegen, erst dann werde er die Stellung der Organisation zu solchen wilden Streiks darlegen. Die Ausführungen der meisten Redner bezogen sich natürlich nicht auf den Streik, sondern auf die Mißstände auf Grube Wismar im allgemeinen. Herr Wojarski aber fand es immer noch nicht für notwendig, seinen Standpunkt zu präzisieren. Götze legte eingehend die Bestimmungen des Verbandsstatuts auseinander und sagte, die Verwaltung der Grube Wismar habe bisher alle Mittel angewandt, die Organisation auf ihren Betrieben niederzuhalten. Dieses sei ihr auch bis jetzt leider zum Teil gelungen, die Organisation sei noch sehr schwach, die Zahl der streikenden Arbeiter sehr gering (die Drahtseilgesellschaft beschäftigt auf ihren 8 Gruben

1800 Mann, davon streikten circa 100 Mann), an einen Erfolg sei aus diesen Gründen nicht zu denken. Götze schlug dann vor, eine Kommission zu wählen, die sich mit der Betriebsleitung zwecks Abstellung der Mißstände in Verbindung setzen solle. (Dieses ist geschehen und hat zum Ziele geführt.) Ausdrücklich hat G. dann noch erklärt, daß die Verhandlung eines solchen Streiks nicht genehmigen könnte. Auch jetzt nahm Herr W. das Wort nicht, sondern machte mehrmals dazu aufgefordert worden; er versuchte dann in polnischer Sprache zu reden. Daß die Anwesenheit mit dieser Handlungsweise nicht einverstanden waren, ist klar. G. wollte die Stellungnahme der Polen kennen, auch mußte er die Verhandlung von der Stellungnahme der Polnischen Berufsvereinigung in Kenntnis setzen. Mit ihm hatte er ein Recht, zu verlangen, Wojarski solle dieses in der Sprache tun, die alle anwesenden verständlich sei. Nachher könne W. das in polnischer Sprache überlegen, sofern es notwendig sei, dagegen würde niemand etwas haben. Dabei war zu berücksichtigen, daß zwei Drittel der anwesenden Deutsche und die anderen der deutschen Sprache ebenfalls mächtig waren. Als Wojarski gezwungen werden sollte, Farbe zu bekennen (wir kennen ja unsere Pappenhäuter!), wollte er ausweichen und erklärte, am nächsten Sonntag in Annahütte eine Polenversammlung abzuhalten, um dann dort zu sagen, was er sagen wolle. Erst als Götze ihn darauf des Arbeiterverrats beschuldigte, bekannte der Herr Farbe, und ging es nun in deutscher Sprache. Herr W. erklärte, daß er mit dem Vorschlag Götzes einverstanden sei. Das war alles, was seinen Lippen entfloß. Von einer Empörung und der Behre, welche Götze von Herrn Wojarski erhalten haben soll, hat keiner der anwesenden Besucher etwas gemerkt.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Schweres Grubenunglück in Altwasser. Fünf Bergleute erstickt!

Am 5. September ereignete sich auf der Segen-Gottes-Grube ein schweres Grubenunglück mit Menschenverlusten, das die Bevölkerung in große Aufregung versetzt. In der Grundstrecke auf der letzten Sohle wurde ein Sprengschuß abgegeben und ein sogenannter Bläser (kohlenfaure Wetter) angeschossen, der so stark ausströmte, daß die frischen Wetter im Lufteinström und in der Strecke zurückgedrängt wurden. Die Streckenabteilung wurde dadurch mit solchen kohlenfauren Wetter so angefüllt, daß fünf Bergleute dabei den Ersticken erlitten, noch ehe diesen durch die Rettungsmannschaften geholt werden konnte. Trotzdem Verge gleich zur Stelle waren, blieben leider die Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg.

Im Laufe der nächsten Woche findet in Altwasser eine große Versammlung statt, die sich nicht allein mit diesem Unglück, sondern auch mit der Wahrgelungssprache der Grubenverwaltung und dem sonstigen, gegen die Arbeiter ausgeübten Terrorismus beschäftigen wird.

Die Juden kommen dennoch!

Trotzdem Blumenfränzchen sein Parteiprogramm, die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“, als Vorwand aus dem politischen Winterschlaf aufzuwecken und ihn an die Judenflinten zu setzen hat, damit er die Brücke bei Walslowitz besetzen und die russisch-polnischen Juden ins Kofenland zurücktreiben und die „Christlich-nationalen“, „Christlich-sozialen“ deutschen Bergarbeiter vor der ausländischen Juden Konkurrenz schützen möchte, haben die gut „Christlich“ patriotischen Grubenmagnaten sich nicht abhalten lassen, dennoch russische Juden als Bergarbeiter auf ihren Gruben anzulassen, um dadurch einen eventuellen Streik der deutschen „Christlich-nationalen“ Bergarbeiter unmöglich zu machen und ihnen gleichzeitig die Löhne noch weiter zu drücken. Die ersten Meldungen, wonach die jüdischen Bergarbeiter verlag hatten und zur Grubenarbeit ungeeignet seien, werden von der „Kattowitzer Zeitung“ folgenbereinigt widerlegt: „Die Vermittlung der jüdischen Bergarbeiter geschieht, wie zunächst bemerkt sei, durch das jüdische Arbeitsamt in Kattowitz, das kein Erwerbsinstitut ist, sondern eine Wohltätigkeitsanstalt darstellt, denn es werden weder von den Arbeitern, noch von den Verwaltungen für die Vermittlung irgendwelche Gebühren bezahlt. Im Gegenteil, an Hilfsbedürftige werden Reise- und sonstige Vorstöße und Unterhaltungen geleistet. Die Nachfrage nach jüdischen Bergarbeitern hält an, weil die Arbeitsleistungen dieser Arbeiter durchaus nicht so gering sind, wie es vielfach hingestellt wird. So arbeiten gegenwärtig beispielsweise jüdische Vergleute auf der Zaurachgrube Grube 25, auf Emanuelsgruben-Grube 15 Mann unter Tage, auf den Gruben der Hohenlohegrube 30 Mann seit zwei Monaten und die Verwaltung ist, wie man uns mitteilt, mit ihnen zufrieden. Was die Walslowitzgrube anbelangt, auf der die jüdischen Bergarbeiter vollständig verlag haben sollen, so liegt dort die Sache so, daß 45 Leute aus Lodz dort angestellt wurden, davon haben 30 Leute die Arbeit wieder aufgegeben, angeblich, weil sie von Lodz aus über ihre Tätigkeit nicht genügend aufgeklärt worden sind. Gegenwärtig liegen bei dem jüdischen Arbeitsamt in Kattowitz Aufträge vor, für die Charlottengrube in Gernitz sowie für die Gruben der Hohenlohegrube Vergleute angulverben, die das Arbeitsamt aus Galizien zu vermitteln gedenkt. Die jüdische Arbeiterzentrale in Kattowitz ist bemüht, nur gute Arbeiter zu vermitteln, und es ist ihr auch gelungen, für die jüdischen Vergleute die im Interesse ihrer Religion liegenden Vergünstigungen bei der Verwaltung durchzusetzen. So brauchen sie am Sabbat nicht zu arbeiten; dagegen sind sie gern bereit, nach Schluß des Sabbats in der Nacht vom Samstag zum Sonntag zu arbeiten. Strenggläubige jüdische Arbeiter erhalten auch rituelle Mische.“

Diese jüdischen Bergarbeiter verwerfen den Streik grundsätzlich, stellen somit auf dem Boden der positiven „Christlichen“ Weltanschauung W.-Glabarbeit, Erfindung, und wie uns aus Kattowitz aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, haben sich diese Juden schon zum größten Teil dem Gewerbeverein „Christlicher“ Streikbrecher angeschlossen! Das neumodische „positive Christentum“ erhält damit eine noch breitere Grundlage.

Saargebiet und Reichslande.

Zur Abwanderung der Saarbergleute

schreibt die „Kölnische Volkszeitung“: „Die Abwanderungen der Saarbergleute nach Westfalen und dem Auslande dauern fort. Auf der Grube Wilsdorf ist eine ständige Abwanderung im Gange. In der Mehrzahl sind die Abwanderer solche Vergleute, die bereits durch vor längerer Zeit abgewanderte Angehörige, die auf anderen Gruben bessere Lohnbedingungen gefunden haben, dazu veranlaßt werden. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen und Häuser wird immer größer. Auch die fiskalischen an die Vergleute vermieteten Wohnungen sind nur zum Teil bewohnt. In Elbersberg nimmt die Abwanderung der Vergleute nach westfälischen Gruben zu. Scharenweise konnte man dort in den letzten Tagen die Familien abwandern sehen. Die Zahl der Vergleute, die von Elbersberg Anfang dieser Woche abwandern werden, schätzt man auf 130, von denen die meisten verheiratet sind. 18 Familien aus Elbersberg wandern nach Frankreich aus. Von der Grube Spiesen geht heute (Montag) ebenfalls ein größerer Transport von Vergleiterfamilien nach Westfalen ab. In Dudweiler hat die Abwanderungslust in den letzten Tagen stärker als anfangs Platz gegriffen. Am Samstagvormittag wanderten von Dudweiler 20 verheiratete Vergleute mit ihren Familien ab, die für die Grube Deutscher Kaiser angeworben waren. Wie verlautet, werden die Agenten der westfälischen Gruben ihre Werbetätigkeit Ende September einstellen, um die Anfang März nächsten Jahres wieder aufzunehmen.“ Mit keinem Wort geht das Zentrumblatt auf die Ursache dieser Erscheinung ein, auch sagt es nichts zu der Effertischen Aufforderung in der „Saarpol“, die Saarbergleute möchten nach dorthin auswandern, wo sie mehr verdienen. Man schämt sich einzugehen, daß diese Erscheinung der einzige „Erfolg“ ist, den der zentristische Bechen- und Streikbrüchigerverein in Saarabien erzielt hat.

Schwarz-gebe Denunziation.

Das schmutzigste Denunziantenblatt im ganzen Saarrevier ist unstreitig die mit besonderer Moral ausgestattete „Christlich-gebe Saarpol“. Kein anderes, und sei es auch das unternehmungsfreundliche, darf ihr in Beziehung auf Denunziationssucht auch nur das Wasser reichen. Schon mancher freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter verbannt dem Belegschaftsblatt an der „Saarpol“ seine Vortragsrede. Und wenn in dieser Beziehung ihre „Christlich“-frontalen Wünsche nicht immer in Erfüllung gegangen, so aus dem Grunde, weil die „liberale“ Bechenverwaltung in punkto Christentum denn doch etwas höher steht, als die „allerschristlichste“ „Saarpol“. Dies hält aber die fromme Freigeisterei keineswegs ab, das „ehrbare“ Handwerk des Arbeiterverrats weiter zu betreiben. Es ist z. B. zu lesen in ihrer Nummer vom 29. August unter Kleinblitter d. d.:

„Nach Erlebigung der Tagesordnung meldete sich der Bergmann Rod zum Wort. Er benutzte die Gelegenheit, da die meisten anwesenden „Christlich“ organisierten (11) waren, die „Christlichen“ Gewerkschaften als Streikbrecher hinguellen. Auch machte er

der Bechenverwaltung Vorwürfe, daß sie am 1. Juli keine Lohnsteigerung eintraten ließ. An allem sei jedoch die „Christliche“ Gewerkschaft schuld. Er melde sich später wieder zum Wort und versuche, Herrn Oberbergat Ruch als vorbrüchig hinguellen. Nur die Streikproklamierer, fünf an der Zahl, blieben zurück.“

Das liberale Denunziantenblatt hätte nur noch hinzufügen sollen: „Nun, Bechenverwaltung, weist du, daß der Bergmann Rod deinen Vorwürfen, den Oberbergat Ruch, beilegt hat; warte nun beines Amtes und wies diesen Rod auf das Straßenpflaster, damit er mit seiner, wenn auch noch so unschuldigen Familie Hunger leiden muß; auch die übrigen Streikproklamierer überlebe dem gleichen Schicksal.“ Es wäre vielleicht auch empfehlenswert — und dies entspräche auch dem Charakter der „Saarpol“ — dem Minister den Bericht der fraglichen Versammlung zu übermitteln, damit dieser die etwa ägernde Bechenverwaltung nachdrücklich an ihre „Pflicht“ erinnere. Einiges Gemeineres, Schmutzigeres, Wilderlicheres kann es in der Tat nicht geben. Arme Arbeiter brotlos zu machen fordert ein Mann, das „Christlich“ genannt sein will, es provoziert geradezu die Bechenverwaltung, gegen die Vermittler der Armen die Hungerpeinliche zu schwingen. Mit Teufel und die Aktionäre dieses elterregenden Belegschafts, die im geistlichen Gewande einhergehen und „Christliche“ Nächstenliebe predigen, blühen diese Ungeheuerlichkeit in der „Saarpol“? Heraus mit der Sprache, ihr Herren mit dem schwarzen Zalar, oder ihr laßt Gefahr, mit eurer „Saarpol“ auf die gleiche Stufe gestellt zu werden.

Süddeutschland.

Kohlenpreise und Feuerung.

In Münchener Blättern wird bekannt gemacht, daß ab 1. September 1912 sämtliche Kohlen sorten im Preise nicht unwesentlich steigen. Nur ein Beispiel: Die oberbayerische Großhölze, die bis jetzt 1,48 Mk. kostete, kostet in Zukunft 1,57 Mk., das ist eine Erhöhung von 9 Pf. pro Zentner. Daß dieses bei der Oberbayerischen wieder einen schönen Rahen ausmacht, daran ist nicht zu zweifeln, stark bezweifeln wollen wir aber, ob die Oberbayerische Aktiengesellschaft bei diesem Schritt auch an die Erzeuger denkt, an diejenigen, die die Kohle hauen und fördern und stets für die internationalen Aktionäre das Totenhemd tragen. Hunger und Not sind die ständigen Begleiter seit Jahren, der Preis der Lebensmittel ist trotz der Viehzucht und der Milchwirtschaft unerschwinglich, der Verdienst der Bergarbeiter aber nur um ein wenig gestiegen, teilweise sogar gefallen. Gute Kost ist nur bei ganz kleinen Familien anzureichen, der tägliche Verdienst treibt die Bergarbeiter zum Genusse des Polenta und minderwertiger Fleisch, daher die Unterernährung bei größeren Familien. Gegenüber der Leistung und Kohlenförderung ist zu verzeichnen, daß die Leistung gestiegen, der Lohn sogar gefallen ist. Nachdem nun durch die Preistarife bekannt gegeben, möchten wir dem Herrn Generaldirektor Dr. Wettkofer die Feuerung gegenüberhalten, die er bei den Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß nach dem Streik gemacht hat: „Wenn es die Verhältnisse erlauben, dann werde ich dafür sorgen, daß auch die Bergarbeiter mehr bekommen.“ Generaldirektor Dr. Wettkofer kann jetzt sein Ehrenwort in die Tat umsetzen, nachdem die Preise erhöht worden sind und die Aktionäre nicht zu befürchten brauchen, Polenta essen zu müssen, da ihnen doch wieder 14 Prozent nebst Zubehör sicher sind.

Abrechnung.

Folgende Bahnhöfen und Bezirke hatten für den Monat Juli bei der Hauptkasse abgerechnet:

Bezirk Hamm: Ahlen 82,50, Afferde 58,60, Altenbörge 304,80, Villmerich 127,00, Bönen 99,80, Bodum-Göbel 622,70 (August 768,—), Hamm 225,50, Hamm-Nord 270,10, Heringen 370,40, Kamen I 608,—, Kamen II 1142,05, Kamen III 145,10, Königsborn 444,10 (2,—), Kaiserlau 625,20, Markt 118,10, Massenerheide 106,30, Mehlzer 55,50, Mühlhausen 68,30, Massen I 258,50, Massen III 179,20, Müntze (August 440,80), Unna 658,80 (4,—), Werne a. d. R. 170,40, Wiefershöfen 284,70 Mk.

Bezirk Aünen: Albede 100,—, Bedinghausen 60,50, Ranspör-Horham 453,40, Rünen-Gild 795,10 (1,50), Rünen Stadt 690,20, Rorh-lünen 20,—, Niederaden 142,20, Metteberge (Juni, Juli und August) 19,50, Oberaden 149,10, Seim 435,10 Mk. Für August: Albede 104,50, Rorh-lünen 49,50, Mettmur 50,— Mk.

Bezirk Dortmund: Aßeln 278,80, Bradel 471,40, Dortmund I 1778,55 (6,25), Dortmund II 518,—, Dortmund IV 328,10, Dortmund V 70,40, Dorstfeld 333,90, Eving I 281,40, Eving II 444,50, Eving III 879,65 (2,25), Grefel 70,30, Gudarbe 80,50, Gofebde 167,50, Kirchberne 191,30, Lindenhof 152,20, Marten 692,40, Oepel I 488,—, Oepel II 120,20 (0,20), Rahm 146,20, Scharnhof 485,— (2,—), Wambel 61,70, Wiede 194,60 Mk. Für August: Dortmund II 575,60, Dorstfeld 374,80, Deuten 184,70, Eving II 498,50, Scharnhof 427,70, Wambauer I 697,—, Wambauer II 552,80, Gofebde 180,90 Mk.

Bezirk Castrop: Castrop I 62,50, Castrop II 69,90, Castrop III 51,50, Deininghausen 81,30, Frohline 59,40, Groppendruck 154,50, Gölthausen-Wöning 247,40, Gölthausen 155,70, Gerne II 169,—, Gerne III 100,80, Gölthausen 11,—, Jern 804,40, Kirchline 275,85, Lütgendortmund 1237,10, Mengede 453,80, Mette 89,30, Obercastrop 116,30, Mangel 50,50, Mangel-Schmerin 100,—, Sobingen 297,80, Westrich 175,40 Mk. Für August: Wödelshing 95,60 Mk.

Bezirk Eschlinghofen: Aunen I 834,90, Aunen II 359,40, Auf dem Schnee 371,40, Uplerbed 288,60, Uplerbedermar 436,90, Gölthausen-Wöning 170,20, Warop 558,50, Wittermar 141,00, Werghofen 541,70, Eichholz 473,70 (0,50), Eschlinghofen 920,50, Ende 146,80, Görde 332,50, Gengen 233,80, Gölthausen 189,70, Gombuch 464,40, Gölthausen I 291,20, Gölthausen 97,90, Gölthausen 221,90, Kirchhörde 404,60, Krudel 898,90, Lüdenberg 436,40, Menglinghausen 61,80, Müdinghausen 889,30, Sommerberg 108,10, Sölde 201,—, Södom 473,80, Schüren 218,80, Schänge 152,—, Schwerterheide 95,50, Wellinghofen 180,70 Mk.

Bezirk Linden: Bommer 421,10, Bredehscheid 180,70, Blantenlein 21,80 (Juni 29,80), Döhlhausen I 288,20, Döhlhausen II 857,10, Döhlhausen-Sörtholz 127,40, Esborn 178,—, Gölthausen 858,80 (1,50), Geven 213,—, Gölthausen 60,60, Gölthausen bei Göttingen 156,60, Gölthausen 245,70, Linden 517,75 (0,75), Nieberbrachhöbel (August) 468,70, Oberbrachhöbel (August) 337,90, Otholz 123,80, Sölthausen 208,40, Stüter 264,50, Stiepel I 219,80, Stiepel II 293,40, Vornholz-Döhlholz 372,80, Wengern 108,50, Westherbe 79,30, Witten 645,—, Witz-Baak 438,80 Mk.

Bezirk Bochum: Altenbochum 408,20, Bochum I 221,80, Bochum II 299,80, Bochum III 201,70, Bochum IV 249,40, Bochum V 149,40, Bochum VI 84,—, Bochum VII 330,40, Bochum VIII 209,80, Bochum IX 228,20, Bergen 130,10, Eppendorf 321,60, Harpen 559,10, Hiltrop-Gerthe 156,40, Kallehardt 273,30, Kley 98,80, Laer 637,50, Langendreer I 928,40, Langendreer II 660,60, Querenburg 250,90, Somborn 257,—, Werne bei Langendreer 1022,60, Weimar II 279,60, Kleme 319,60 Mk.

Bezirk Bottrop: Buer 810,50, Butendorf 324,80, Wülfe 291,50 (2,—), Braud 613,—, Bottrop I 593,70 (0,50), Bottrop II 83,20, Bedhausen 361,45 (2,75), Erle II 331,50, Eiden 499,10, Ghabbe I 546,65 (2,25), Ghabbe II 489,50, Gölthausen 254,40, Gerbest-Dorsten 254,—, Gassel 686,60, Mette 170,95 (3,75), Zmedel 273,10 Mk.

Bezirk Gelsenkirchen: Esel 514,40, Gelsenkirchen I 882,40 (2,50), Gelsenkirchen II 391,—, Gelsenkirchen III 543,10, Gelsenkirchen IV 591,20, Gelsenkirchen V 116,80, Gelsenkirchen VI 590,80, Gelsenkirchen VII 286,90, Gelsenkirchen VIII 138,20, Gümmling 347,60, Gölthausen bei Wanne 269,70, Gorbet 141,50, Gölthausen 364,60 (55,—), Reithe 177,40, Mühlhausen 286,20, Wanne I 283,40, Wanne II 234,30, Wattenfeld II 442,50, Wattenfeld I 374,60, Westfeld 313,10 Mk.

Bezirk Essen-Ost: Altdorf-Ruhr I 113,40, Altdorf-Ruhr II 48,—, Bergerhausen 135,30, Bredehscheid 66,50, Essen 1520,40 (3,—), Frillendorf 270,20, Freisenbruch 524,20, Geisingen 111,20, Gölthausen 164,50 (4,—), Ruppelbruch 108,30, Ruy 987,40, Königsheide 223,—, Kettwig 14,80, Nieder-Wonsfeld 156,90, Nieber-Wentgen 28,80, Neillinghausen 315,60, Nüttenfeld 131,50 (2,50), Steele 406,10, Heberuhr 110,90 Mk.

Bezirk Essen-West: Altdorf I 723,20, Altdorf II 638,10, Werbed 301,20, Werge-Werbed 483,30, (August) 333,50, Wochst 287,—, Wollwig 117,—, Essen-West-Altdorf 439,—, Essen-West-Gölthausen 108,50, Frintrup 245,50, Fröynghausen 182,10, Fulrum 342,40, Gölthausen 157,30, Gölthausen 304,20, Katernberg 465,—, Gölthausen 305,40, Gölthausen I 172,60, Gölthausen II 290,40, Stöppenberg 481,70, Rott-Hausen 850,90, Carnap 352,70 Mk.

Bezirk Oberhausen: Altdorf 541,90, Wiefang 41,—, Dümpten I 184,10, Dümpten II 199,50, Dümpten III 96,—, Dümpten (Juni und Juli) 35,30, Gomborn I 400,70, Gölthausen 82,80, Gölthausen 160,40, Gölthausen

Kranzpendemarken.
In folgenden Bahnhallen werden Kranzpendemarken à 10 Pf. geliebt:
Altenessen I. Im September.
Reichhausen. Im Monat September für das 8. Vierteljahr.
Stübingersdorf. Für September.
Delsbich. Im September.
Trebnitz. Im September die dritte Marke.

Stiche. Jeden Sonntag nach dem 8., nachmittags 8 Uhr, wo? sagt der Vot.
Erntedankfest. Jeden 16. abends 8 Uhr, in der Schöbher'schen Gastwirtschaft: **Baklag**
Seidenwick. Jeden dritten Sonnabend im Monat, im Bakhof in Seidenwick.
Waldendorf. Jeden 16. des Monats, abends 8 Uhr, im Leublich'sen Gasthaus: **Baklag**

Jeden Sonntag nach dem 10. des Monats:

Kaisersberg. Abends 7 Uhr, im Walfhof des Herrn Wiegand.
Garmay. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Leber, Königsstraße 34.
Eulisch und Niedererlinch. Abends 8 Uhr, im „Schweizerhaus“, Kirchbergstraße.
Dahlschauen I. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte-Ulmerberg.
Eckersbrunn. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Hohe Eiche“, Hüttelsgrün.

Priesterseelsorg. Abends 7 Uhr, im Locale des Herrn Dammann.
 Seifen 6. Wilhelm-Nachr. Vormittags 10 Uhr, im Locale des Herrn v. d. Burg.
 Seifen 6. Nachmittags 5 Uhr, im Locale des Herrn Josef Jagen.
 Strassberg. Nachmittags 2½ Uhr, im Gasthof „Deutsches Haus“.
 Umlandskeele. Vormittags 11 Uhr, im Locale des Herrn Laibach.
 Leitzke. Vormittags 10 Uhr, im Gemeindegasthaus.
 Weißen. Nachmittags 8 Uhr, im Locale des Herrn Friede in Berdeß.
 Wilhelm-Hofstaufen. Nachm. 5 Uhr, im Locale des Herrn H. Brand in Seifen.
 Niederhanslan. Nachmittags 6 Uhr, im Wirthaus „Hofengarten“.
 Niederhanslan. Nachm. 6 Uhr, im Gasthof des Herrn C. Schmitt in Sordernandorf.
 Oberhansdorf. Abends 7 Uhr, im Restaurant Weibach.
 Oberplanitz. Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant „Zum Combrinus“.
 Riedlinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Locale des Herrn Radeb, Gr. Feldstr. 15.
 Riedndorf. Zeit und Local nicht bekannt gegeben.
 Riedlinghausen. Vormittags 11 Uhr, im Locale des Herrn Jöling.
 Selm. Nachmittags 4 Uhr, im Locale des Herrn Wübner.
 Seufsteden II. Nachmittags 5 Uhr, im Restaurant des Herrn Reilger, „Paradies“.
 Seestraße I. Nachmittags 4 Uhr, im Locale des Herrn Busch, Holtenstraße 6.
 Söhrum. Nachmittags 4 Uhr, im Locale des Herrn Müllenbach, Feldstraße 41.
 Wielan. Abends 7 Uhr, im Locale des Herrn Reisser.
 Wilkau i. S. Nachmittags 5 Uhr, im Restaurant „Engeln“ des Herrn Dr. Kramer.

Jeden dritten Sonntag im Monat

Herberde. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Humburg.
 Himmendorff. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum Dreierhaus“ in Odenbach.
 Hunnen II. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Stork.
 Kiplerbeck. Nachmittags 4 Uhr, wo? sagt der Wirt.
 Kiskerleben. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Wille.
 Kieck-Branthausen. Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn St. Oud in Kieck, Ophader.
 Kierndorff-Herndorff. Nachmittags 4 Uhr, Lokal unbekannt.
 Korny. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zur Wage“ in Crimmlich.
 Kwedel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hildebrandt.
 Kzechow. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Weinigshaus.
 Kreichen-Mettler. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn D. Bubbe in Wrielen.
 Krayow III. Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn St. Schilder (früher Keweller).
 Krimlich. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zur Wage“.
 Krißberggen. Nachmittags 4 Uhr, im Cafe „International“.
 Kigerhausen. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn K. Barthel.
 Krißelben. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum grünen Tal“ in Klein-Rayns.
 Krißburg. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum Brauhoof“.
 Krißel-Lichten II. Nachmittags 10 Uhr, im Hofkassens Caffeehaus 65—66.

Hamborn I. Nachmittags 3 Uhr, im Hause des Herrn Groelzer.
 Hamborn II. Nachmittags 2 Uhr, im Hause des Herrn Sogeweg.
 Hassel bei Buer. Vorm. 10 Uhr, im Hause des Herrn Wredenbrod in Buer, Hagenstr.
 Hengelingen. Nachmittags 4 Uhr, im Café Breßler.
 Hengelingen. Nachmittags 4 Uhr, im Hause des Herrn Ebbele.
 Holfershausen bei Nanne. Nachm. 4 Uhr, im Hause des Herrn Carl Bergmann.
 Homborn. Nachmittags 4 Uhr, im Hause des Herrn Martin Knoll.
 Hoorfermark. Nachm. 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Hause des Herrn S. Beckmann (fr. Heintzsch).
 Hühnelein. Abends 7 Uhr, im Restaurant „Wiese“ des Herrn Martin.
 Iramen I. Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Hause des Herrn Bräutigam (fr. Heßelmann).
 Iramen II. Nachmittags 3 Uhr, im Hause des Herrn Wag. Klöpper, am Amtsgericht.
 Iramen-Kaunboof. Nachmittags 3 Uhr, im Hause des Herrn Eimbek.
 Iramen-Kaunboof. Nachmittags 3 Uhr, im Hause des Herrn Böbig in Kaunbo.
 Iramen-Kaunboof. Nachmittags 4 Uhr, im Hause des Herrn Böbig in Niederonsfeld.
 Iramen-Kaunboof. Nachmittags 4 Uhr, wo? sagt der Vize.
 Iramen-Kaunboof. Nachmittags 4 Uhr, im Hause des Herrn Böbig.
 Iramen-Kaunboof. Nachmittags 6 Uhr, im Hause des Herrn Groelzer.

uada. Nachmittags 3 Uhr, in den Fotalen in **Kunda** und **Wittenberg**.
 Marien. Nachmittags 4 Uhr, im Fotalo des Herrn **Kortmann**.
 Margloth 1. Nachmittags 9 Uhr, im Fotalo des Herrn **Strögen**.
 Mengede. Nachmittags 4 Uhr, im Fotalo des Herrn **Bogt**.
 Mers. Vormittags 10 Uhr, im Fotalo des Herrn **Krause**.
 Mischeln. Nachmittags 3 Uhr, im Arbeiterkafee in **Kaufe**.
 Mittenborn. Abends 8 Uhr, im Gasthof „**Zum Kop der guten Hoffnung**“ in **Wittenberg**.
 Neuenkirchberg. Nachmittags 4 Uhr, Fotal unbestimmt.
 Niederb. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „**Zum Bindengarten**“.
 Niederborschitz. Nachmittags 4 Uhr. (Fotalangabe fehlt).
 Niederborsbach. Nachmittags 4 Uhr, im Fotalo des Herrn **Kober**.
 Oberborsbach. Nachmittags 4 Uhr, im Fotalo des Herrn **Gadenbach**, **Schillerstraße**.
 Oberspöcksdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Fotalo des Herrn **Ernst Hilgenhof**,
 „**Zur Eulenberg**“, **Reitzamp**. — Festangelegenheiten und Verschiedenes.
 Oetzsch. Nachmittags 6 Uhr, im Restaurant „**Zur Garfische**“.
 Oettingen und Münnelangen. Vormittags 11 Uhr, im **Café Gatti**.
 Pannschelbe. Vormittags 10 Uhr, im **Gemeinschaftshaus**.
 Pannsdorf. Abends 8 Uhr. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in **Pannsdorf**.

Bedinghausens-Zub I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Riosermann.
 Bedinghausens-Zub II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rolte, Grubbad.
 Biebsenau. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Simon.
 Breitg. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Breitlingen.
 Bückl. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Modes.
 Concord. Vormittags 11 Uhr, in der Wirtschaft Lemmel.
 Dornau. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wehr.
 Emsborn. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn G. Schölze, Sanftstocke.
 Ertteringen. Nachmittags 4 Uhr, (Festabend) freilich.
 Et. Robert. Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn Jakob Georg.
 Et. Marie aus Ehenes (Eckher). Nachmittags 4 Uhr, im Café Franz Ady.
 Füllingen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Rathies.
 Gumbert. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof „Zum grünen Baum“.
 Gumbert. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhrer.
 Hirschau. Nachmittags 3 Uhr, im Kesshaus in Giesmannsdorf.
 Hüggen. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Knode.
 Hübelskirchen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wölz (Gd).

Sengern. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Lohmann.
 Berghausen. Nachmittags 3 Uhr, wo? sagt der Bote.
 Gerberhof. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Nottmann.
 Dossowbitten. Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokale des Herrn Friese, „Blauer Engel“.

Sonntag, den 15. September 1912:
 anhen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Anton Schwich, Promenadenstr. 20.
 Sitzungsrund. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Greutling, st. Krassfeld.
 Portraa über die Reichsgerichtsverordnung. Referent an Stelle.

Verkaufen IV. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Willemßen, Grenzstr. 72.
Verkaufen v. Wrießbus. Nachmittags 4 Uhr, in dem Lokale „Gammerstraße“.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen!

Öffentliche

Knappschaftsmitglieder-Versammlungen

Freitag, den 13. September 1912:

Vertel), Weiselerstraße. — Die bevorstehende Generalversammlung im
 A. G. Knappschützverein. Referent: Veltzer Klein, Sterkrade.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

Zahlstellen-Feste.

Altdaden. Sonntag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr,
im Saale des Herrn Wilt Niels (Gäher Weg): Pöhl

Stellenfest, bestehend in Konzert, Gesang, humoristischen Vor-
trägen und Ball. Eintritt 50 Pf., an der Kasse 75 Pf.

Suderwich, Heinrichsburg und Meddinghofen.

Samstag, den 28. September, nachmittags 4 Uhr, im Saal
des Herrn Noddegr (früher Feldmann) in Hentrichsburg, am Kanal:
Gemeinschaftliches Zahlstellenfest, bestehend in Concert,

Verrede und Fall. Eintritt 50 Pf. 1149

Anichts-Postkarten

von unserem Bergarbeiterheim empfehlen wir.
Engsmann & Co. in Bochum (Westf.)

Insulietat ist in unseren Pumpen zu haben

■ Original ist in unserer Druckerei zu haben.

**Öffentliche
Knappschaftsmittglieder-Versammlungen**

Freitag, den 13. September 1912:
Sterkrade. Nachmittags 5 Uhr, im Besale des Herrn Eskemann (früher Bertel), Wejerskrade. — Die bevorstehende Generalsammlung im Udg. Knappschaftsbereine. Reiserent: Kleister Klein, Sterkrade.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

Schiffzellen-Seite.
 Freitag, den 15. September, nachmittags 4 Uhr.

Abend. im Lokale des Herrn Wils. Niele (früher Maas): Zahlstellenfest, bestehend in Konzert, Gesang, humoristischen Vorträgen und Ball. Eintritt 50 Pf., an der Kasse 75 Pf.

Suderwich, Heinrichsburg und Meddinghofen.
Sonntag, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, im Lokale

des Herrn v. Segro (früher Gelmann) in Hentrichsburg, am Städt.
Gemeinschaftliches Zahlstellenfest, bestehend in Concert,
Festrede und Ball. Eintritt 50 Pf. 1149

Anfichts-Postkarten

von unserem Bergarbeiterheim empfehlen wir.
5. Hansmann & Co. in Bochum (Westf.)

Maquilatur ist in unserer Druckerei zu haben.